WENDLAND 2010:
CASTOR STOPPEN!
DEUTSCHLAND
ENDLAGERN!

ALHAMBRA

ZEITUNG & PROGRAMM
NOVEMBER
DEZEMBER
2010

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 2

schwerpunkt: krach schlagen
Bericht: Krach schlagen ... für ein gutes Leben 7
Abschlussrede des Bündnisses 8
Krach schlagen: Ein autonomer Aufruf 14
Krach schlagen: Ein klimaaktivistischer Aufruf 16

anti-atom
Hard Backboard! Castor stoppen und mehr ... 18
Karte mit Camps und Schiene 20

feminismus
Wieso soll ich sexistisch sein? Ich bin Anarchist! 22

internationalismus
Soziale Kämpfe in Pakistan: Fanatiker mit Bart und Burka 30

repression
Innenministerkonferenz versenken! 35

Ankündigungen 38

EDITORIAL

Wow! Endlich mal was zum Freuen: Die Proteste am 10.10.10 waren ein riesiger Erfolg. Über 3000 Menschen wurden durch das eindrucksvolle Bündnis zwischen bundesweiten Erwerbslosenstrukturen und Gewerkschaften, von Bäuer_innen übers Antiraplenum bis zu einigen Autonomen auf die Straße gebracht. Das sich kilometerlang durch Oldenburg ziehende bunt zusammengewürfelte Meer von Krachschlagenden ließ das sozialrevolutionäre Herz in kalten Tagen mal wieder etwas wärmer werden. Deswegen besteht unser diesmaliger Schwerpunkt auch in der Dokumentation der Ereignisse (Seiten 7-17).

Wir hoffen allerdings, dass das nicht alles war, was der aktuellen Umverteilung von unten nach oben entgegengesetzt wird. In Frankreich wird seit einigen Wochen gegen genauso beschissene, liberale Reformen ein etwas angemessenerer Ton gegen die Herrschenden angeschlagen. Dort sind es Millionen, die die Rentenreform als Anlass nehmen, die Herrschenden massiv herauszufordern.

Mit einem Generalstreik wird nun seit Wochen fast die gesamte Infrastruktur des Landes lahm gelegt. Als ein neuralgischer Punkt haben sich die Raffinerien heraus gestellt – ganz Frankreich geht durch die Blockade der Raffinerien der Sprit aus. Auch zwischenzeitliche Versuche der Regierung einzelne Raffinerien zu räumen und die Arbeiter_innen dort zwangsverpflichten zu lassen scheiterten am entschlossenen Widerstand der Streikenden, an der juristischen Haltbarkeit und nicht zuletzt auch an den LKW-Fahrer_innen. Diese hatten nicht nur zu Hauf mit der Strategie der Schnecke den Verkehr lahmgelegt, sondern auch durch massenweise Entlüftung der Reifen den Öl-Transport von den ja kurzfristig nicht blockierten Raffinerien verhindert.

Während es auch in Spanien und Griechenland zu Massenprotesten gegen die Umverteilung von unten nach oben kommt, liefern sich in Deutschland zehntausende Bürger_innen Auseinandersetzungen mit Bullen, um für den Erhalt eines alten Bahnhofs zu kämpfen.

Da fragt mensch sich schon, wo der breite Widerstand gegen die herrschende Politik, Stichwort Hartz IV und Verschlechterung der Gesundheitsversorgung, bleibt. Andererseits erstaunt es nicht, dass die Mittelklasse nicht für die Erhöhung von Hartz IV, sondern um einen alten Bahnhof und ein paar urige Bäume auf die Barrikaden geht.

Dennoch dreht es sich in dem Protest gegen „Stuttgart21“ nicht nur um ein altes Gebäude und ein paar Bäume. Bei dem Bahnhofsneubau handelt es sich um ein Großprojekt kapitalistischer Logik, das nur wenigen Privilegierten nützt und mit Hilfe von Milliarden öffentlicher Gelder finanziert wird. Interessant ist auch, dass das Kleinbürgertum plötzlich die Polizeigewalt in Deutschland neu erfunden hat.

Ähnliches zeigt sich bei den Protesten gegen Atomkraft im Allgemeinen und Atommülltransporte im Besonderen. Wenn in den nächsten Tagen der Atommülltransport von La Hague nach Gorleben rollt, werden tausende Menschen Widerstand leisten. Auch in diesem Kampf gibt es eine enorme Beteiligung des Bürgertums. Seitdem der politische Feind wieder eindeutig ist (schwarz-gelbe Regierung) begibt sich das links-liberale bis grüne bürgerliche Spektrum auf die Straße, um gegen die Laufzeitverlängerung der Atommeiler zu demonstrieren.

Jedoch ist auch die radikale Linke seit eh und jeh Teil der Antiatombewegung. Das spiegelt sich spätestens in den Widerstandsformen wider...

Für all diejenigen, die sich eher abseits der vorgegebenen Routen im Wendland bewegen möchten haben wir uns ein besonderes Sahnehäubchen überlegt: In der Mitte erwartet euch eine Super-extra-sonder-exclusiv-Beilage zum Rausnehmen (!) für den Castor-Transport, in der eine Übersichtskarte mit den Camps und Infopunkten sowie diverse wichtige Informationen für die Widerstandstage im Wendland zu finden sind. Damit seid ihr zwar noch lange nicht ausreichend für die Wald- und Wiesenproteste ausgerüstet – denn denkt dran, es ist November und es ist kalt, also zieht euch warm an – aber ihr hab zumindest schon mal einen groben Plan.

Der sehr persönliche Text „Warum soll ich sexistisch sein? Ich bin Anarchist!“ von Criss Crass halten wir für besonders wertvoll. Wir finden, dass der Text sehr gut zu den (mehr oder weniger) aktuellen Debatten im Alhambra passt. In dieser Debatte geht es unter anderem darum, wie eine gemeinsame geschlechterübergreifende antisexistische Politik und Praxis aussehen kann. Doch wie kann eine solche Politik funktionieren? Wie können männlich sozialisierte Menschen eine seit der Geburt angelernte Perspektive auf ihre eigene Position, Funktion und Rolle in der Gesellschaft einfach so ablegen? Und wie sollen diese Menschen emanzipatorische Politik (welche auch nicht nur von ihnen selbst als eine solche wahrgenommen wird) machen? Oder um es in den Worten von Robin Morgan zu sagen: „Ich habe nicht die blasseste Idee, welche revolutionäre Rolle weiße heterosexuelle Männer erfüllen könnten, da sie die Verkörperung erworbener reaktionärer Macht und Interessen sind.“ Wer in dem Text eine oberflächliche Musterlösung zur Überwindung verinnerlichter Sexismen sucht, den wird dieser Text, zumindest diesbezüglich, enttäuschen. Wer glaubt, aufgrund eines antisexistischen Anspruchs an sich selbst, völlig frei von gesellschaftlichen Zwängen und verinnerlichten Sexismen zu sein, den wird der Text (hoffentlich) ins Grübeln bringen. In vielen Diskussionen innerhalb des Alhambras haben wir immer wieder das selbe erlebt: Eine vehemente Verneinung der gesellschaftlichen Realitäten, die in uns allen schlummern und unser Handeln und Denken bis ins Kleinste

bestimmen. Es erscheint allen erstmal als das Leichteste, sich als Individuum in einem vermeintlich antisexistischen und antirassistischen Paralleluniversum zu sehen. Doch wie „individuell" sind wir eigentlich? Wie verhalte ich mich eigentlich bei Gesprächen in der Kneipe? Wie diskutiere ich auf dem Plenum? Wem höre ich zu? Von wem will ich lernen? Wie verhalte ich mich auf Demos? Besonders für männlich sozialisierte Menschen kann (und sollte) es ganz schön ungemütlich werden, wenn sie ihr eigenes Verhalten in ihrem Paralleluniversum mit etwas Distanz betrachten und merken, dass vieles an ihrem Verhalten der „bösen Welt da draußen" ganz schön ähnelt und somit eine Struktur reproduziert, die entgegengesetzt zu jeglichen emanzipatorischen Politikansätzen steht.

Wir halten den Text deswegen für so wertvoll, weil er exemplarisch darstellt, wie ein Bewusstsein über die eigene Rolle in der Gesellschaft entstehen kann. Wir glauben, dass eine herrschaftsfreie Gesellschaft nur möglich wird, wenn wir bereit sind, unsere eigenen Privilegien anzuerkennen, um uns dann mit ihnen auseinanderzusetzen und sie zu überwinden. Wir glauben, dass nur so eine gemeinsame antisexistische und emanzipatorische Politik funktionieren kann.

Viel Spaß mit dieser Ausgabe. Wir sehen uns auf den Schienen.

eure Redaktion

P.S. Vergesst die langen Unterhosen nicht!

Das Vaterland verraten

Bremen Weit mehr als 2 000 Leute demonstrierten am 2. Oktober ohne größere Konflikte mit der Staatsmacht gegen die zentralen „Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit" in Bremen. Begleitet von nervigen Schikanen der massiv anwesenden Bullen zog die äußerst dunkel gekleidete Demo unter dem Motto „Kein Tag für die Nation – Kein Tag für Deutschland" durch die Bremer Innenstadt, wobei vereinzelt Knaller, Rauchbomben und hübsch anzusehende Bengalos gezündet wurden.

Eigentlich eine ganz nette (mal abgesehen von dem leider oft üblichen Gepose und Rumgemackere einiger sog. „Genossen") und vor allem große Demo, die allerdings aufgrund des ewigen stop-and-go und des einsetzenden Regens bei dem abrupten Ende jeglichen Elan verloren hatte. Schade war auch, dass die beiden Lautsprecherwagen irgendwie in einen Konkurrenzkampf getreten waren und in Folge dessen die Redebeiträge des Bremer Lautis von dem 90er Techno des anderen Lautis plattgemacht wurden. Inhaltlich kam daher nicht viel mehr als ein „dagegen" rüber – aber immerhin.

[regentied]

„biji kurdistan"

Oldenburg Am 9. Oktober demonstrierten mehr als 100 Leute aus der kurdischen Freiheitsbewegung um den Oldenburger Stadtring. Konkreter Anlass war der 12. Jahrestag der von der Türkei erzwungenen Ausweisung des damaligen Vorsitzenden der kurdischen Arbeiterpartei PKK Abdullah Öcalan aus Syrien, in dessen Folge er im Februar 1999 von Geheimdiensten aus Kenia verschleppt wurde und seitdem in türkischer Haft sitzt. Neben der Freilassung Öcalans wurde ein sofortiges Ende des Krieges der türkischen Armee gegen die kurdische Bevölkerung in der Grenzregion zwischen der Türkei, Iran und Irak, welcher in den letzten Monaten wieder einmal dramatische Dimensionen angenommen hat, gefordert. Ein Krieg, der ohne die deutsche Unterstützung durch Waffenlieferungen an den NATO-Partner Türkei so kaum möglich wäre.

Des Weiteren richtete sich die Demo auch gegen die Kriminalisierung des kurdischen Freiheitskampfes in Deutschland, welche sich z.B. in dem Verbot der kurdischen Arbeiterpartei PKK am 26. November 1993, der Inhaftierung vieler AktivistInnen oder auch in den Maßnahmen gegen Kulturvereine, Zeitungen und Fernsehsender äußert.

[regentied]

Hungerstreik im Abschiebelager

Horst Nachdem am 12. September ein Bewohner des bei Hamburg gelegenen Abschiebelagers Horst gegen die unwürdigen Lebensbedingungen in den Hungerstreik getreten war, schlossen sich bald etwa 30 Flüchtlinge an. Die Lagerleitung reagierte sowohl auf solidarischen Besuch in Form von Kundgebungen und einem Hip Hop-Konzert, als auch auf Journalist_innen wie schon bei zahlreichen Protesten zuvor mit Besuchsverboten. Die Flüchtlinge schufen durch einen Besuch des GAL-Fraktionsbüros, Kundgebungen und Pressearbeit Öffentlichkeit für ihre miserablen Lebensbedingungen. Die Reaktion der Lagerleitung bestand in der Organisation einer PR-Aktion. Ähnlich wie beispielsweise bei den Politiker_innenbesuchen und runden Tischen während des Streiks in Blankenburg wurde eine Delegation von Politiker_innen, Verwaltungsbeamt_innen und ausgewählten Journalist_innen am 22. September ins Lager bestellt.

Die Proteste richten sich gegen die Politik der Entrechtung und Isolation von Flüchtlingen, sowie den konkreten Lebensbedingungen und insbesondere gegen die unzureichende medizinische Versorgung. Sie fordern für die Kinder die Möglichkeit, zur Schule gehen zu können. Sie fordern das Recht, selbstbestimmt ihre Nahrung zubereiten zu können. Die Flüchtlinge fordern ein Leben in Wohnungen und nicht in Lagern; und zwar wo sie wollen.

Lager dicht machen!

Bewegungsfreiheit für alle!

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

No Border Camp in Brüssel

Brüssel Vom 25. September bis zum 3. Oktober fand in Brüssel das diesjährige No Border Camp statt. Die Aktivist_innen aus verschiedensten linken/linksradikalen Zusammenhängen, Sans Papiers und Migrant_innen setzten sich für eine Welt ohne Grenzen ein und kämpften gemeinsam gegen die rassistische Migrationspolitik der Europäischen Union. Mit mehreren Demonstrationen, Workshops, Diskussionsveranstaltungen und direkten Aktionen brachten die Aktivist_innen ihre radikale Ablehnung dieser Politik in die Öffentlichkeit. Diese beruht auf ökonomischer Ausbeutung des globalen Südens und von illegalisierten Arbeiter_innen innerhalb Europas. Gleichzeitig wird Menschen an den europäischen Außengrenzen die Möglichkeit verwehrt, an diesem „erwirtschafteten" Reichtum zu partizipieren.

Die Demonstrationen waren überschattet von massiver polizeilicher Repression. Bis auf die Abschlussdemo wurde jede Demonstration von der Polizei angegriffen und teilweise auch aktiv verhindert. Vor allem die gewerkschaftliche Krisendemo am 29.09., an der sich viele Aktivist_innen beteiligten, wurde Zeuge staatlicher Repression. Bereits nach kurzer Zeit griffen Polizeieinheiten den antikapitalistischen Block der Demo an. Im Laufe der Demonstration gab es etwa 300 Verhaftungen und zahlreiche Verletzte durch Pfefferspray- und Schalgstockeinsatz auf Seiten der Demoteilnehmer_innen. Während des gesamten No Border Camps kam es zu zahlreichen Verhaftungen und Misshandlungen durch die Polizei.

Aneignungsaktion der Überflüssigen in Bio-Supermarkt

Berlin Am 1. Oktober statteten die Überflüssigen dem größten Bio-Supermarkt Europas einen Besuch ab. In den „LPG"-Supermarkt in Berlin-Prenzlauerberg gingen an die 20 Personen, deutlich als „Die Überflüssigen" erkennbar, um in dem Bio-Komsumtempel für „Gesunde, regionale Lebensmittel für alle!" zu demonstrieren.

Während sich ein Teil der Gruppe allerlei Bio-Leckereien aneignete, wurde ein Flugblatt verlesen und verteilt. In dem Flugblatt wird eine Verbindung zwischen der Einkommenshöhe und gesunder Ernährung hergestellt. Genauer heißt es, dass „Hartz-IV-Bezieher_innen und andere Überflüssige nicht die Möglichkeit haben, für sich und ihre Kinder gesunde, biologisch und regional angebaute Lebensmittel zu kaufen. Sie werden abgespeist mit Lidl, Aldi und Co. und wenn nach drei Wochen das Geld alle ist, können sie ja auch zur Tafel gehen. Dort landen die Reste der Lebensmittelkonzerne, die unter unwürdigen Bedingungen produzieren lassen, die Gewinne durch schlechte Löhne steigern und sich mit der Tafel

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

auch noch den Mantel der Barmherzigkeit umhängen." Darüber hinaus weisen die Überflüssigen darauf hin, dass auch Biosupermärkte Lebensmittel in großen Mengen billig produzieren lassen und ihre Beschäftigten schlecht bezahlen.

Fünfundfünfzig Cent

Berlin Die Deutsche Bahn AG und die Bundesregierung bieten den Opfern der „Reichsbahn"-Deportationen pro Überlebende_n maximal 20 Euro an. Die Auszahlung soll über mehrere Jahre gestreckt werden, so dass sich die Entschädigung der Anspruchsberechtigten, die in hohem Alter sind, durch Tod erledigt. Wer übrig bleibt, würde von der DB AG pro Monat etwa 55 Cent erhalten. Der Betrag gilt den gesundheitlichen Folgen der „Reichsbahn"-Beihilfe zum größten Menschheitsverbrechen, das über drei Millionen Bahn-Deportierte in die Konzentrations- und Zwangslager führte. Für die „Vermittlung" des DB-Angebots hat sich der gegenwärtige Vorstand der Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft" (EVZ) hergegeben. Wie es in einem Memorandum heißt, das die Bürgerinitiative „Zug der Erinnerung" veröffentlichte, löst das DB-Angebot „unter den Betroffenen Unruhe aus (...) und beleidigt die Opfer, deren soziale Lage sie zur Annahme nötigt." Für den Spätherbst und Winter ruft der „Zug der Erinnerung" zu Protesten auf den deutschen Bahnhöfen auf. Den Deportierten wurde zynischerweise beim Abfahrtsbahnhof ein Beförderungsentgelt abgenommen. Die Einnahmen, die allein der deutsche Staat einstrich beliefen sich auf 445 Millionen heutiger Währung, was bei einem durchschnittlichen Zinssatz von 2,5 % seit 1945 heute 2,2 Milliarden Euro wären. Die DB AG erzielte übrigens im Jahr 2009 einen Rekord-Gewinn von 1,68 Milliarden Euro.

[GermanForeignPolicy]

Putschversuch in Ecuador

Quito Am 30. September meuterten Polizist_innen und Soldat_innen gegen die linksgerichtete Regierung des Präsidenten Correa in Ecuador. Offizieller Grund für die Meuterei waren die jüngst verabschiedeten Kürzungen im öffentlichen Dienst. Nachdem es zu Aufständen und Demonstrationen kam, attackierten die Putschist_innen Correa und hielten ihn in einem Polizeikrankenhaus fest. Loyale Truppenteile befreiten ihn nach mehreren Stunden gewaltsam.

Der Parlamentsabgeordnete der regierenden „Alianza País", Gabriel Rivero, machte Regierungsgegner_innen um den ehemaligen Präsidenten Lucio Gutiérrez für den Aufstand verantwortlich. Rechte Putschist_innen hätten sich unter die protestierenden Polizist_innen und Soldat_innen gemischt, um einen Umsturz anzuzetteln, so Rivero.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Mit diesen Geschehnissen in Ecuador setzt sich ein besorgniserregender Trend fort: In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Putsche bzw. Putschversuche gegen linksgerichtete Regierungen in Lateinamerika. In Honduras kam es im vergangenenen Jahr zu einem Staatsstreich gegen den Präsidenten Manuel Zelaya. 2002 wurde in Venezuela ein Umsturz nur von Massendemonstrationen und loyalen Militärs verhindert, ebenso wie nun Ende September in Ecuador.

„Recht auf Stadt"-Demo in Hamburg

Hamburg Am Samstag, den 23. Oktober, gingen in Hamburg mehr als 5 000 Menschen unter dem Motto „Leerstand zu Wohnraum" auf die Straße, um gegen steigende Mieten und gleichzeitigen Leerstand, sowie für die Legalisierung von Hausbesetzungen zu demonstrieren. Aufgerufen hatte ein breites Bündnis von 108 Initiativen, Vereinen und Organisationen.

Bereits im Vorfeld der Demonstration hatte es eine intensive Kampagne zu den Themen steigende Mieten und Leerstand gegeben. Initiativen aus der „Recht auf Stadt"-Bewegung kämpfen seit mehreren Monaten für eine soziale Wohnungspolitik der städtischen Wohnungsgesellschaft SAGA/GWG, nach der Besetzung des Gängeviertels kam es immer wieder zu Hausbesetzungen.

Im Laufe der spektrenübergreifenden Demonstration, mit Zusammenschlüssen von bürgerlichen Mieter_inneninitiativen bis hin zu autonomen Gruppen, gab es auch zwei temporäre Hausbesetzungen. Natürlich kam es im Laufe der Demonstration auch zu Übergriffen der Polizei und anschließenden Ausschreitungen im Schanzenviertel.

Insgesamt lässt sich aber ein überwiegend positives Fazit der Demo ziehen. Mit mehr als 5 000 Menschen wurden die Erwartungen des Vorbereitungsbündnisses noch übertroffen. Damit konnte auch an die letzte große Parade der „Recht auf Stadt"-Bewegung vom Dezember 2009 angeknüpft werden. Das Konzept, ein breites Bündnis zusammenzutrommeln, aber dennoch radikalere Forderungen wie die Legalisierung von Besetzungen und die Vergesellschaftung von Wohnraum ins Gespräch zu bringen, hat sich bewährt. Temporäre Besetzungs- und Transparentaktionen am Rande der Demo machten die Entschlossenheit deutlich, die Wohnungsfrage notfalls in die eigenen Hände zu nehmen. Der Kampf gegen steigende Mieten und die kapitalistische Wohnungspolitik wird in den kommenden Monaten weitergehen.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Krach schlagen ... für ein gutes Leben!

Es waren wohl weit mehr als 3 000 Menschen, die am 10.10. unter dem Motto »In die Pötte kommen: Krach schlagen statt Kohldampf schieben! Mindestens 80 Euro mehr für Lebensmittel sofort!«, bewaffnet mit laut scheppernden Kochtöpfen, Kanistern, Trommeln und Fässern durch Oldenburg zogen. Lautstark und selbstbewusst – abgeguckt war diese Protestform von den sozialen Bewegungen in Lateinamerika, wo das Klappern leerer Töpfe die herrschende Klasse schon so oft in Panik versetzte.

Und so wurde mächtig Krach geschlagen. Ziemlich rhythmisch, komplett chaotisch, aber so oder so unüberhörbar. Unmittelbar ging es um eine Erhöhung der Hartz IV-Sätze, aber sowohl die Reden als auch die Verschiedenheit der Demonstrant_innen deuteten an, um was es letztlich ging – den Kampf um ein gutes Leben für alle, und das weltweit.

Das Bündnis der Demo reichte von selbstorganisierten Erwerbslosengruppen, Gewerkschaften, linken Parteien, Flüchtlingsorganisationen, Milchbäuer_innen bis hin zu autonomen Zusammenhängen. Neben etwa 1 000 Menschen, die aus rund dreißig Städten angereist waren, setzte sich der Rest der TeilnehmerInnen wohl aus Leuten aus Oldenburg zusammen. Für eine Stadt mit gerade einmal 160 000 Einwohner_innen eine durchaus beachtliche Zahl. Und ein Beleg dafür, dass es gelingen kann, trotz aller Unterschiede und Konflikte (zumindest lokal) Bündnisse zu schmieden, in denen eine solidarische Zusammenarbeit über die Spektrengrenzen hinweg möglich ist.

Eine Zusammenarbeit, die natürlich nicht im luftleeren Raum entstanden ist, sondern viel mit Oldenburger Besonderheiten zu tun hat. Mit Zusammenhängen aus dem autonomen Zentrum »Alhambra«, welche sich seit über dreizig Jahren in der Stadt behaupten und nichts geringeres als den radikalen Bruch mit diesem System einfordern, mit der »Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg« (ALSO), welche sich seit über einem Vierteljahrhundert aus einem eigenen Zentrum heraus für ihre Interessen stark macht, mit einer Selbstorganisation von Flüchtlingen aus dem Abschiebelager Blankenburg, welche sich 2006 mit einem großen Streik Gehör für ihre beschissenen Lebensbedingungen erkämpften, mit Strukturen von Landwirt_innen, die die Notwendigkeit neuer Bündnisse zur Erreichung eines akzeptablen eigenen Auskommens erkannt haben, aber auch mit Gewerkschafts- und ParteifunktionärInnen, die lernen mussten, dass sie und ihre Organisationen nicht der Nabel der Welt sind. Also einem großen Haufen ganz unterschiedlicher Menschen, denen klar geworden ist, dass sie irgendwie auf der selben Seite der Barrikade stehen. Dem sind Unmengen an großen und kleinen Konflikten und Brüchen vorausgegangen, Unmengen an langsam bröckelnden Vorurteilen und Pauschalisierungen, bis eine Ebene erreicht wurde, auf der mensch sich einigermaßen auf gleicher Augenhöhe begegnete und solidarisch kritisieren konnte. Einer Ebene, die Kompomisse möglich machte, ohne sich selbst zu verraten (oder auch allzu großen Groll der Dachverbände auf sich zu ziehen). Ob nun bei der gestrigen Demo, beim Widerstand gegen Naziprovokationen in der Stadt, bei Bildungsprotesten oder auch bei antirassistischen Kämpfen war gelegentlich ein gemeinsames Vorgehen bis zu einem bestimmten Punkt möglich. Und das ist schön zu sehen.

Denn Widerstand heißt anfangen und die Revolution hat weder ein Parteibuch, noch trägt sie einen schwarzen Kapuzi. Ein gutes Leben wird nicht durch Wahlen, durch Demos, durch Streiks oder durch fliegende Steine erkämpft, sondern durch Menschen, die zusammenkommen, die sich für ihre eigenen Interessen stark machen, die solidarische Bündnisse eingehen und sich letztlich das aneignen, was ihnen zusteht – und das mit all den Mitteln, die dazu notwendig sind.

[regentied]

Abschlussrede

Teil I

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Diese Regierung behandelt mehr als fünf Millionen Menschen dieser Gesellschaft wie den letzten Dreck! Sie wirft ihnen fünf Euro hin wie den Tieren das Futter: Friss oder stirb! Sie hat keine öffentliche Diskussion darüber geführt, was ein Mensch in dieser Gesellschaft braucht für ein menschenwürdiges Leben. Sie hat nicht mit denjenigen gesprochen, die von HartzIV leben müssen. Sie hat das soziokulturelle Existenzminimum wieder im Hinterzimmer berechnen lassen und präsentiert die Ergebnisse um fünf Minuten vor Zwölf – und dann noch mit peinlichen Zahlendrehern.

Die Feststellung des Bundesverfassungsgerichts, dass die HartzIV-Sätze gegen die Menschenwürde verstoßen und deshalb neu bestimmt werden müssen, hätte die Chance beinhaltet, eine breite gesellschaftliche Debatte darüber zu führen, was ein Mensch braucht für ein menschenwürdiges Leben in der Bundesrepublik Deutschland. Es hätte die Chance beinhaltet, die Abspaltung und Ausgrenzung einer wachsenden Armutsbevölkerung überhaupt einmal zu thematisieren und gemeinsam nach Lösungsansätzen zu suchen.

Aber was macht diese Regierung?

Sie weiß, dass für die Berechnung der HartzIV-Sätze entscheidend ist, welche Haushalte als Vergleichsmaßstab herangezogen werden. Das ist eine politische Entscheidung. Bisher waren es die untersten 20 Prozent aller Einkommensbezieher, ohne die HartzIV- und Grundsicherungsbeziehende selber.

Diese Regierung entscheidet als erstes, in dieser Vergleichsgruppe nicht nur all diejenigen zu belassen, die ergänzend Hartz IV oder Grundsicherung erhalten, weil ihr Lohn oder ihre Rente nicht reichen, sondern auch noch all die Haushalte, deren Einkommen sogar noch unter den HartzIV-Sätzen liegen.

Im Klartext heißt das: Die Höhe des Regelsatzes soll sich auch nach den Ausgaben von Menschen bemessen, die noch nicht einmal den Regelsatz zur Verfügung haben.

Aber die politische Willkür der Regierung ist damit noch nicht zuende. Als ihr nach diesem Trick die Ergebnisse immer noch zu hoch erscheinen, berücksichtigt sie statt der untersten 20 nur noch die untersten 15 Prozent. Hören wir dazu den Originalton aus dem Bundesarbeitsministerium:

„Mit einer Referenzgruppe von ungeachtet weiter 20 Prozent käme man bei der Bemessung des Existenzminimums in Einkommensklassen, die in die untere Mittelschicht reichen (bis 1 200 Euro)."

Liebe Freundinnen und Freunde: Das ist schon eine bemerkenswerte Aussage!

Erstens gibt die Regierung hier unumwunden zu, dass sie die Statistik manipuliert, bis ihr das Ergebnis passt.

Zweitens wird deutlich, dass die Regierung schon ein Niedriglohneinkommen von 1 200 Euro im Monat zur Mittelschicht deklarieren muss, nur um zu verbergen, dass inzwischen fast ein Viertel aller lohnabhängig Beschäftigten im Niedriglohnsektor arbeiten muss. Und das nicht etwa deshalb, weil in Deutschland in den letzten Jahren

insgesamt weniger Geld verdient würde – im Gegenteil, aber das Einkommen wird immer ungleicher verteilt. Während der Niedriglohnsektor sich ausweitet und die Lohnhöhe dort seit 1995 nicht mehr ansteigt, steigen die Einkommen und Gewinne der Reichen und Superreichen.

Und drittens zeigt sich hier, dass die Regelsatzbemessung nach der EVS von vornherein einen entscheidenden Konstruktionsfehler hat:

Wenn man 25 Jahre lang eine Massenarbeitslosigkeit von mehr als 4 Mio. nicht bekämpft, sondern stattdessen den Erwerbslosen systematisch Jahr für Jahr die Leistungen kürzt, wenn man gleichzeitig einen Niedriglohnsektor schafft und mit HartzIV systematisch ausweitet, wenn man in dieser Zeit an einem völlig überholten Schulsystem festhält, das systematisch Bildungschancen nach der sozialen Herkunft verteilt, wenn Kinder kaum eine Chance haben, diesen Teufelskreis sozial vererbter Ausgrenzung zu durchbrechen – wenn man also ein Vierteljahrhundert lang die Gesellschaft systematisch sozial, kulturell und politisch spaltet und eine wachsende Armutsbevölkerung produziert – dann kann die Bemessung des gesellschatlichen Existenzminimums am Konsumverhalten dieser Armutsbevölkerung zu nichts anderem führen als zu weiterer Verarmung, weiterer Mangelernährung und weiterer Ausgrenzung.

Das bedeutet: Wenn die untersten Schichten der Gesellschaft so verarmt sind, dass sie sich kein Obst und keine Bücher mehr leisten können, dann folgt nach diesem Modell daraus, dass Obst und Bücher nicht zum Existenzminimum gehören.

Diese politische Willkür bei der Berechnung des Existenzminimums können und wollen wir uns nicht länger gefallen lassen!

Der Teufelskreis gesellschaftlicher Spaltung kann nur durchbrochen werden – und das ist ein Grund, liebe Freundinnen und Freunde, warum heute Erwerbslose, lohnabhängig Beschäftigte und Landwirte gemeinsam demonstrieren – dieser Teufelskreis gesellschaftlicher Spaltung kann nur durchbrochen werden, wenn wir sowohl dem weiteren Lohndumping einen gesellschaftlichen Riegel vorschieben als auch für eine menschenwürdige Grundsicherung sorgen, die sich eben nicht am sinkenden Lohniveau bemisst, sondern am wachsenden gesellschaftlichen Reichtum.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, diese Regierung hat nicht einmal genügend Anstand, wenigstens die Bedarfe von mehr als zwei Millionen Kindern, die von HartzIV leben müssen, ernsthaft zu ermitteln, so wie es das Verfassungsgericht verlangt hat.

In den Daten der EVS werden die Ausgaben für Kinder nämlich gar nicht gesondert erfasst. Sie wurden in den Hinterzimmern des Ministerium mit komplizierten Rechenmodellen von den Gesamtausgaben der Haushalte „abgeleitet". Frau von der Leyen sollte ihr Ministerium nicht mehr Ministerium für Arbeit und Soziales nennen, son-

dern das „Mysterium der unterdrückten Bedarfe".

Denn was, liebe Freundinnen und Freunde, hat es mit realen Bedürfnissen zu tun, wenn in den neuen Regelsätzen für die Ernährung eines 13-jährigen Kindes 27 Euro und 47 Cent pro Monat weniger enthalten sind als für ein 14-jähriges Kind? Es wird das Geheimnis unserer siebenfachen Supermutti Ursula von der Leyen bleiben, wie wir unserem 13-jährigen Kind erklären sollen, dass es jeden Monat für 27 Euro und 47 Cent weniger zu essen bekommt als sein 14-jähriges Geschwisterkind.

Solch ein Schwachsinn kann nur dabei herauskommen, wenn man Statistikern vorschreibt, die realen Bedürfnisse von Millionen Menschen auf eine von vornherein festgelegte Summe herunter zu rechnen.

Nebenbei bemerkt finden wir es beschämend, dass hochdotierte Wissenschaftler sich dafür hergeben, der Regierung solche Scheinrechtfertigungen für ihren fortgesetzten Verstoß gegen die Menschenwürde zu liefern. Aber vielleicht sind das auch schon die ersten Ergebnisse der neoliberalen Bildungsreformen: dass hochspezialisiertes Fachwissen offensichtlich ohne weiteres mit einer totalen sozialen Verblödung zusammengehen kann.

Diese Regierung predigt nur eine allgemeine Familien- und Kinderförderung, praktisch betreibt sie eine gesellschaftliche Auslese, die man nur noch als sozialrassistisch bezeichnen kann – wie sonst ist das krampfhafte Festhalten an unserem aussortierendem Schulsystem zu erklären, oder die kaltschnäuzigige Streichung des Elterngelds nur für HartzIV-Kinder und nun die grobe Missachtung grundlegender Bedürfnisse von mehr als zwei Millionen Kindern?

Dabei muss es nicht immer nur mehr Geld sein.

Wir sind durchaus mit Sachleistungen einverstanden, gern nach dem skandinavischen Vorbild, auf das sich von der Leyen mit ihrer Chipkarte so gern bezieht. Wir sind schwer dafür, dass alle Kinder gemeinsam lernen bis zur zehnten Klasse, dass der Transport zur Schule nichts kostet, dass sämtliche Schulmaterialien bezahlt werden, dass es ein gesundes und kostenloses Mittagessen für alle Kinder in der Schule gibt, dass alle Kinder bis Nachmittags professionell und liebvoll betreut werden. Solche Sachleistungen für alle nehmen wir gerne, denn eine solche soziale Infrastruktur würde tatsächlich die weitere Spaltung der Gesellschaft stoppen und Integration voranbringen.

Aber wir sind gegen scheinheilige Mogelpackungen, mit denen die armen Kinder nur noch mehr diskriminiert und ausgegrenzt werden.

Teil II

Liebe Freundinnen und Freunde!

Die gesellschaftliche Auslese ist ein notwendiger Teil des aktuellen Aufschwungs „Made in Germany". So, wie die Bundesregierung sich mit den Laufzeitverlängerungen zum Büttel der Atomindustrie und mit der sogenannten Gesundheitsreform zum Büttel der Pharmakonzerne macht, vollzieht sie auch die Büttelpolitik für die Exportindustrie. Sie betreibt die soziale Spaltung der Gesellschaft, um den Druck auf die Löhne aufrecht zu erhalten. Denn der aktuelle Aufschwung Deutschlands ist ein sehr einseitiger, exportgetragener Aufschwung, der nur mit relativ geringen Lohnkosten und auf Kosten anderer Länder- funktionieren kann. Er bewegt sich auf dünnem Eis. Die deutsche Wirtschaft wächst zur Zeit, weil die Ökonomien in Griechenland, Spanien, Portugal und Irland nicht mehr wachsen. Die deutschen Arbeitslosenzahlen sinken, weil die Arbeitslosigkeit in andere Länder exportiert wird.

Ein Sprichwort sagt: „Wer sich auf dünnem Eis bewegt, muss schneller laufen". Aber die kapitalistische Wachstumsideologie führt uns immer weiter weg vom Ufer – und sorgt nebenbei auch noch für die fortschreitende Erwärmung der Gewässer. Der fatale Wettlauf um Absatzmärkte, Rohstoffe, Öl und Gas zerstört die Lebensgrundlagen unseres Planeten. Er verursacht Kriege, Ausbeutung, Hunger und Naturkatastrophen und führt zur Vertreibung und Flucht von Millionen Menschen.

Während für den Warenexport und die Ausbeutung von Rohstoffen die Grenzen nicht schnell genug durchlässig gemacht werden können, werden für Flüchtlinge die Schotten in Europa dicht gemacht. Den wenigen, die den Weg in die reichen Länder überhaupt schaffen, wird das Leben bewusst schwer gemacht. Sie sind in den miserabelsten Unterkünften untergebracht und ständig von Abschiebungen bedroht. Noch jede Verschlechterung unserer Sozialleistungen wird vorher an ihnen vollzogen. An ihnen wird gesellschaftlich vorexerziert, wie mit vermeintlich überflüssigen Menschen umgegangen wird.

Aber Flüchtlinge und ihre Unterstützerorganisationen wehren sich. Und wir freuen uns, dass sie mit uns hier zusammen demonstrieren, dass sie sich mit unseren Forderungen solidarisieren, dass wir uns gemeinsam wehren gegen die Spaltung in nützlich und überflüssig.

Wir fordern eine ausreichende und gleiche Grundsicherung für alle Menschen weltweit!

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter!

Zur Herstellung von Jeans im „Vintage-Style" müssen Arbeiterinnen in den türkischen Textilfabriken die Jeans per Hand sandstrahlen. Die giftigen Dämpfe, die dabei entstehen, führen zur Zerstörung ihrer Atemwege – Aber wir sind froh, dass wir uns diese Jeans für 9,99 Euro bei Aldi kaufen können, weil mehr Geld dafür im HartzIV-Regelsatz nicht vorgesehen ist.

Bei der Gemüseproduktion unter den quadratkilometergroßen Folientunneln im spanischen Almeria ruinieren Tausende MigrationsarbeiterInnen Jahr für Jahr ihr Leben und ihre Gesundheit durch katastrophale Arbeitsbedingungen und Pflanzengifte – Aber wir freuen uns, drei bunte Paprikaschoten für 79 Cent bei Lidl kaufen zu können, denn für frisches Obst und Gemüse reicht der HartzIV-Satz sonst nicht.

Weil die Milchpreise längst nicht kostendeckend sind, ist die Existenz vieler Milchviehhalter in Deutschland bedroht. Sie müssen aufgeben oder ihr Land an die Betreiber von Biogasanlagen verpachten – Aber wir freuen uns, dass die

Milchprodukte bei den Discountern so günstig sind, denn für mehr würde der HartzIV-Satz auch nicht reichen.

Weil sie diese fatalen Zusammenhänge begriffen haben, demonstrieren auch die Milchbauern hier mit uns gemeinsam! Sie wissen, dass wir uns Nahrungsmittel zu fairen Preisen nur leisten können, wenn dafür genug Geld im Regelsatz enthalten ist. Und wir wissen, dass wir die Ausbeutung der ArbeiterInnen, die Zerstörung der regionalen Landwirtschaft, die Massentierquälerei und die Zerstörung der Natur weltweit nur stoppen können, wenn wir anfangen, den ruinösen Preiskrieg der Discounter hier stoppen.

Wir wollen nicht länger durch HartzIV gezwungen sein, immer nur das Billigste einzukaufen! Wir wollen nicht als Rechtfertigung für den Preiskrieg der Discounter missbraucht werden! Deshalb fordern wir mindestens 80 Euro mehr für Lebensmittel sofort!

Teil III

Liebe Freundinnen und Freunde!

80 Euro mehr sind nur ein kleiner Schritt auf dem Weg zu gerechten und ökologischen Arbeits- und Lebensverhältnissen auf der ganzen Welt. Aber deshalb sind 80 Euro mehr nicht nur einfach 80 Euro. 80 Euro mehr stehen heute symbolisch

• dafür, dass Erwerbslose sich nicht kleinlaut in ihr vermeintliches Schicksal fügen, sondern selbstbewusst und lautstark für die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse eintreten,

• sie stehen dafür, dass die Erwerbslosen dabei nicht nur sich sehen, sondern den Blick über ihren Tellerrand heben und sehen, welche anderen gesellschaftlichen Gruppen von Angriffen auf ihre Lebensbedingungen betroffen sind,

• 80 Euro stehen für mehr Geld in den Taschen der Erwerbslosen, aber sie stehen auch für bessere und gesündere Lebensmittel, sie stehen für regionale und ökologische Lebensmittelproduktion, sie stehen für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und existenzsichernde Löhne überall,

• 80 Euro stehen heute dafür, dass erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Erwerbslose, Flüchtlinge, prekär Beschäftigte, Gewerkschafter und Landwirte gemeinsam auf die Straße gehen, sich nicht gegeneinander ausspielen lassen und zusammen für ein besseres Leben kämpfen!

Und deshalb ist es auch gut so, dass immer mehr Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter begreifen, dass es nicht nur darum gehen kann, die Arbeitsplätze von Kernbelegschaften im „Standort Deutschland" zu retten, sondern dass an der Frage eines Mindesteinkommens über die gesamten Lebensverhältnisse in der Gesellschaft entschie-

den wird. Und deshalb ist es auch gut so, dass heute nicht nur viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus den Erwerbslosenausschüssen von ver. di dabei sind, sondern auch viele, die noch beschäftigt sind, und viele, die prekär beschäftigt sind und sich gerade deshalb gewerkschaftlich organisiert haben.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter!

80 Euro mehr sind nur ein kleiner Schritt auf dem Weg zu einem besseren Leben für alle. Aber für uns sind sie ein riesiger Schritt angesichts der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse. „Große Macht bedeutet auch große Verantwortung" – aber wir haben keine große Macht, dazu sind wir noch zu wenige. Und trotzdem lastet auf uns eine große Verantwortung:

• Wir sind es, die gegen menschenverachtende Spaltungs- und Ausgrenzungspolitik die Kraft des gesellschaftlichen Zusammenhalts repräsentieren,

• Wir sind es, die gegen soziale Kälte menschliche Wärme und Solidarität setzen,

• Wir sind es, die über eine lebenswerte und menschenwürdige Zukunft nicht nur für Reiche, sondern für alle Menschen auf der ganzen Welt nachdenken!

Aber wir sind es auch, die diesen Kampf gewinnen müssen! Dazu brauchen wir Verbündete! Wir freuen uns deshalb über die Unterstützung verschiedener Untergliederungen des DGB, von Verdi, der IG Metall und der GEW!

Wir freuen uns, dass Vertreterinnen der Linken, aber auch der Grünen und der SPD uns für die heutige Demonstration ihre Solidarität bekunden. Aber wir sagen hier eines auch in aller Deutlichkeit an die Adresse der SPD und der Grünen: Mit flockigen Lippenbekenntnissen ist der Schaden, den ihr mit der Durchsetzung von HartzIV angerichtet habt, nicht wieder gut zu machen!

Wir werden Euch an Euren Taten messen. Und von diesen Taten ist die geringste, die wir erwarten, dass Ihr diesen Gesetzentwurf mit uns zusammen verhindert – aber nicht für einen faulen Kompromiss im Vermittlungsausschuss, sondern für mindestens 80 Euro mehr für Lebensmittel – und keinen Cent weniger!

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

Mit dieser Demonstration haben wir unsere Forderung nach 80 Euro mehr zum Symbol für unseren Kampf für ein besseres Leben gemacht. Und wir haben ein für Deutschland historisch neues Symbol geschaffen: das Krach schlagen auf Kochtöpfen.

Krach schlagen auf Kochtöpfen signalisiert, dass es ans Eingemachte geht, dass selbst in einem der reichsten Länder auf der Erde das elementare Grundbedürfnis nach gesunder Ernährung verletzt wird. Aber Krach schlagen auf Kochtöpfen signalisiert auch, dass wir die Machthaber in diesem Land nicht mehr in Ruhe lassen werden.

Lasst und in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten, notfalls auch Jahren, dafür sorgen, dass es keine politische Veranstaltung mehr gibt, auf der wir nicht auf Kochtöpfen Krach schlagen: Für 80 Euro mehr für Lebensmittel sofort!

Für ein Einkommen für alle, das auch für eine gesunde Ernährung ausreicht! Für sinnvolle Arbeitsplätze mit existenzsicherndem Einkommen! Für gesellschaftliche Kontrolle unserer Lebensmittelproduktion!

Für eine ökologische, fair gehandelte und auch regionale Versorgung mit Lebensmitteln! Für eine bessere Welt!

Krach schlagen!

Soziale Kämpfe

In Argentinien gingen 2001 mehrere hunderttausende Menschen mit Kochtöpfen auf die Straße. Der Wirtschaftscrash hatte fast allen Menschen die Lebensgrundlage entzogen. Die leeren Kochtöpfe symbolisierten ihren Hunger. Angst bekam die herrschende Klasse aber erst durch den Lärm, den sie mit diesen Töpfen machten.

In Oldenburg werden am 10.10.2010 ebenfalls Menschen mit Kochtöpfen bewaffnet auf die Straße gehen. Der konkrete Anlass ist, dass dieses Jahr die Hartz IV-Sätze von Merkel und Co neu bestimmt werden müssen. Die konkrete Forderung der bundesweiten Demo, die maßgeblich von der ALSO (Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg) und anderen Erwerbsloseninitiativen initiiert wurde, ist eine Erhöhung des Essensbudgets um mindestens 80 Euro. Zur Zeit bekommt ein Erwachsener 118 Euro monatlich, also 3,94 Euro am Tag für Lebensmittel. Davon das Überleben zu organisieren ist demütigend, einschränkend, ungesund und nicht zuletzt auch einfach weniger lecker. Insgesamt fordern Erwerbslosenverbände eine Erhöhung des Hartz IV-Satzes auf 500 Euro.

Die Festsetzung des Hartz IV-Satzes ist gleichzeitig auch eine politische Bestimmung des Existenzminimums mit der durchgesetzt wird, für wie wenig Geld zukünftig im Niedriglohnsektor geschuftet wird, was die Leiharbeitsfirma bezahlen wird, was Erzeuger_innen für ihre Produkte bekommen und eben ganz allgemein, wer das Recht auf ein Leben in Würde hat. Die Rechte von Lohnarbeiter_innen, ob prekär beschäftigt oder nicht, stehen hier also genauso auf dem Spiel. Doch die Gewerkschaften des DGB haben sich in den letzten Jahren alles andere als kämpferisch gezeigt. Trotz einer fortschreitenden Prekarisierierung haben sie sich immer weiter auf die Stammbelegschaften konzentriert, den angeblichen »Sachzwängen« der nationalen Standortlogik in vorauseilendem Gehorsam Folge geleistet und nicht zuletzt mit Lohnforderungen abspeisen lassen, die unterhalb einer Reallohnerhöhung lagen. Vor diesem Hintergrund ist die aktuelle, langsam fortschreitende

zusammenführen!

Politisierung einzelner Gewerkschaftsflügel, die beispielsweise in den Krisenprotesten der letzten zwei Jahre deutlich wurden, als Voraussetzung dafür zu sehen, dass auch ver.di sich an diesen Protesten beteiligt.

Dass bei der Neubemessung des Hartz IV-Satzes keine Geschenke verteilt werden, dürfte klar sein. Zu eindeutig waren die Reaktionen auf die Krise: Milliardengeschenke an Banken und Konzerne, auch »Rettungspaket« genannt, sollen durch den Abbau des Sozialstaates, auch »Sparpaket« genannt, refinanziert werden. Die Streichung des Elterngeldes für ALG II-Beziehende oder die Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldbeziehende machen mehr als deutlich worum es hier geht: Eine Umverteilung von unten nach oben. Also eine Politik gegen Arme statt gegen Armut und für die Interessen der Reichen.

Ob dieser Politik etwas entgegengesetzt werden kann, wird maßgeblich davon abhängen, ob es gelingt die Vereinzelung zu durchbrechen und die gemeinsamen Interessen auch als solche zu artikulieren. Einer Linken, die auf die radikale Veränderung des Sozialen abzielt, muss es darum gehen, für soziale Bewegungen von unten zu kämpfen. Auch und gerade wenn das heißt Widersprüchen ausgesetzt zu sein und die Widersprüchlichkeit der eigenen (privilegierten) Position zu reflektieren. Die Wahl ist also nicht die zwischen Reformismus und Revolution, sondern die zwischen Abwarten und Klassenkampf. Abwarten bedeutet im eigenen Zimmer oder der Kneipe zu hocken und zu jammern, dass alles so schlecht ist und auf eine vom Himmel fallende Revolution zu hoffen. Klassenkampf bedeutet dagegen Teil zu haben an dem Kampf für etwas ganz anderes.

500 Euro für ALG II-Beziehende ist dabei natürlich viel zu wenig. Wir wollen nicht ein paar mehr Krümel vom Kuchen. Was wir wollen ist die ganze verdammte Bäckerei! Wir kämpfen für ein Leben, in dem kein Mensch aufgrund seiner Verwertbarkeit, seiner Herkunft oder seines Geschlechts beurteilt wird. Wir wollen ein Leben jenseits von Konkurrenz, Vereinzelung und individualistischer Isolation, jenseits von Ausbeutung und Schuften für den Chef und einen miesen Lohn. Wir wollen für eine Aneignung aller Produktionsmittel und Güter kämpfen. Für uns bedeutet diese Befreiung auch das Ende der Kriege um Ressourcen, der strukturellen Ausbeutung des Globalen Südens und der Grenzregime.

Wir wollen eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft, die den Kapitalismus in die Geschichtsbücher verbannt. Wie diese Gesellschaft aussehen wird, kann niemand sagen. Sicher ist, dass sie von denjenigen Gruppen bestimmt werden wird, die für Selbstbestimmung und Emanzipation kämpfen.

Lasst uns am 10.10. mit all denen, die ausgebeutet und unsichtbar gemacht werden, für ein ganz anderes Ganzes kämpfen. Lasst uns Krach schlagen und die Kämpfe zusammen führen – auf dass uns bald die ganze verdammte Bäckerei gehört!

Ein autonomer Zusammenhang
aus Oldenburg

Krach schlagen gegen die Unzumutbarkeiten dieser Gesellschaft!
Soziale Bewegung von unten!
Kapitalismus angreifen!
Für ein gutes Leben für alle!

Krach schlagen...

für ausreichende und gesunde Ernährung und fair und nachhaltig produzierte Lebensmittel für alle Menschen – weltweit

Wir erklären uns heute solidarisch mit der Forderung nach einer Regelsatzerhöhung um mindestens 80 Euro. Die bisherige Höhe des ALG II (Hartz IV) macht eine ausreichende, gesunde und leckere Ernährung unmöglich. Ganz zu schweigen von den sonstigen entwürdigenden Einschränkungen, die von Hartz-IV- Beziehenden verlangt werden.

Der Skandal, dass in der letzten Finanzkrise Milliarden von Euros zur Rettung von Banken vergeben wurden und nun in einem der reichsten Länder der Erde die Ärmsten der Gesellschaft wieder Geld einsparen sollen, kann gar nicht laut genug heraus geschrien und getrommelt werden. Angesichts der globalisierten kapitalistischen Verhältnisse finden wir es wichtig für den Zugang zu ausreichender und gesunder Ernährung lokal, wie auch weltweit, einzutreten.

Wie eng das Thema Ernährung weltweit zusammenhängt zeigten jüngst die Waldbrände in Russland. Die schwerwiegenden Folgen der Naturkatastrophe beschränken sich nicht nur auf die Region um die Brände, sondern reichten bis nach Mozambique! Dort entfachten steigende Brotpreise schwere Ausschreitungen bei denen es mehrere Tote gab. Ein Grund für die Verteuerung der Grundnahrungsmittel war der rasant gestiegene Weizenpreis. In Russland wurde ein Exportstopp verhängt und weltweit bestehende Weizenvorräte wurden zur Spekulationsware von Börsianer_innen.

Doch dieses Beispiel ist nur eines von vielen, wie der globalisierte Kapitalismus die Lebensgrundlage von Menschen vernichtet.

In der Logik des Kpaitalismus werden auch aus lebensnotwendigen Ressourcen, wie Wasser, Land und Pflanzen, Profite geschlagen und den unmenschlichen Gesetzen des Marktes unterworfen. Die reichen Industrienationen sichern sich so gewaltsam ihre Existenzgrundlagen.

Beispiel Biosprit

Geködert von staatlichen Subventionen werden auf Äckern und Feldern immer mehr Pflanzen zur Gewinnung von Energie angebaut statt zur Erzeugung von Lebensmitteln. So haben sich z.B. in Afrikas Westen Großkonzerne, vor allem aus Industrieländern, breit gemacht und Land zum Anbau von Rohstoffen für Biosprit gekauft. Sie steigern ihre Profite. Der Bevölkerung fehlt hierdurch das Land für den Anbau von lebensnotwendigen Nahrungsmitteln.

Beispiel Tierfutter

Der weltweit zunehmende Fleischkonsum, besonders in den Industrieländern, hat gravierende, ja verheerende Auswirkungen auf die Nahrungsmittelproduktion. Denn die Tiere, die zwecks späteren Verzehrs kurzzeitig auf unserer Erde leben, brauchen Futter, viel Futter. So wird z.B. in Brasilien der Anbau von Soja als Tierfutter auf Großplantagen massiv ausgeweitet. Dieser Ausbau verspricht wenigen Menschen hohe Profite. Gleichzeitig wird den Menschen in der Region das Land als Lebensgrundlage zur Produktion von eigenen Lebensmitteln genommen. Nach einer Berechnung der Umweltorganisation der Vereinten Nationen könnten theoretisch 3,5 Milliarden Menschen ernährt werden, wenn sie direkt über den Anbau von Mais, Soja, Weizen und anderem Getreide verfügen könnten. Um ein Kilogramm Fleisch zu erzeugen werden 7 bis 16 Kilogramm Getreide benötigt. Auf der dafür notwendigen Fläche ließen sich im selben Zeitraum 200 Kilogramm Tomaten oder 160 Kilogramm Kartoffeln ernten. Überdies werden für die Viehhaltung und für den Anbau der Futtermittel riesige Flächen tropischen Regenwalds gerodet.

Jahrtausendelang hat die Vielfalt der Naturpflanzen die Menschheit ernährt. Für die Ernährungssouveränität ist das weitergegebene und frei verfügbare

Saatgut der größte Schatz. Zunehmend entschlüsseln große Konzerne die DNA der Pflanzen und melden ein Patent an. Auch durch Monopolisierung z. B. der Saatgutmärkte mit genveränderten Sorten, gelingt es, dass die traditionellen Anbaumethoden und Sorten verschwinden oder auch kriminalisiert werden. Menschen, die vom Getreide- und Pflanzenanbau leben, müssen das patentierte Saatgut teuer kaufen. Es darf nicht getauscht und vermehrt werden. So geraten weltweit kleine Bauernhöfe und Gemeinden in die absolute Abhängigkeit der Großkonzerne. Inzwischen kontrollieren die zehn führenden Saatgutkonzeme – unter ihnen Bayer und Monsanto – 67 % des weltweiten Marktes. Auf den Markt gebracht wird dabei nur das, was sich rechnet – wachsende Profite auf der einen und zunehmende Verarmung von Menschen auf der anderen Seite.

Die Spekulation mit Nahrungsmitteln führt zu künstlichen Verteuerungen, deren Folgen die Armen dieser Welt als Erste zu spüren kriegen. Immense Mengen überproduzierter Lebensmittel werden vernichtet, während sich gleichzeitig Emährungs- und Hungerkrisen verschärfen, welche eine der Ursachen für Flucht und Migration sind.

Wachstum über alles?

Die zynische Logik des unendlichen Wachstums, auf der der Erfolg des Kapitalismus beruht, lässt die Natur, den Planeten Erde, langsam an ihre Grenzen stoßen. Selbst die Folgen von geringen Temperaturveränderungen sind kaum vorhersehbar, dennoch scheint die drohende globale Katastrophe kaum eine Auswirkung auf das politische Tagesgeschäft zu haben. Denn es gibt ja auch genügend Menschen, die am Status Quo blendend verdienen und/oder kein Interesse an Veränderungen haben, während die Folgen mehrheitlich die Armen des globalen Südens treffen.

Probleme dieses Planeten lassen sich auch auf verschwenderisches Verhalten seiner Bewohner_innen zurückführen. Eine Veränderung des Konsumverhaltens vieler Menschen kann praktische Solidarität mit Bewohner_innen aus Ländern des globalen Südens bedeuten. Das geht jedoch nicht annähernd weit genug. Vielmehr sehen wir eines der Hauptprobleme in der kapitalistischen Verwertung und Vermarktung jeglicher Lebensbereiche. Hier wollen und müssen wir mit einer linksradikalen Perspektive ansetzen!

Wir fordern ein gutes Leben für alle Bewohner_innen dieses Planeten!

Das Recht auf eine angemessene Ernährung ist dafür nur eines von vielen Themen. Nur gemeinsam können wir Alternativen entwickeln und auch erkämpfen. Lasst uns Bündnisse schließen, wie hier auf dieser Demo. Lasst uns austauschen, wie sich Ausgebeutete weltweit organisieren, wie z. B. die Kleinbäuer_innen- und Landlosenbewegung Via Campesina. Lasst uns uns gemeinschaftlich organisieren – beim Wohnen, beim Kochen, beim Tauschen. Lasst uns im hier und jetzt die Türen zu einer neuen gesamtgesellschaftlichen Utopie aufwerfen.

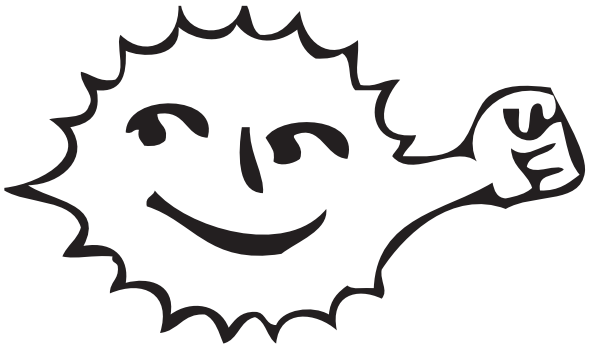
Jede_r hat Ideen und Wünsche für eine Welt, in der die Lebensgrundlagen, wie Wasser, Nahrung, Bildung , Gesundheitsversorgung, Kultur usw. allen Menschen als Grundrecht zur Verfügung stehen und nicht als Waren verkauft und gehandelt werden. Eine Welt ohne Profite und Ausbeutung. Also:

Los geträumt und los gekämpft!

Kapitalismus abschaffen – ein gutes Leben für alle!

Weltweite Solidarität – Gemeinsam und radikal!

Antikapitalistisches Klimbündnis aus dem Alhambra



Hart Backbord!

Castor stoppen und mehr...

Vom 5. November 2010 an soll der nächste Castortransport nach Gorleben rollen. Jeder Atommülltransport stellt eine akute Bedrohung für das Leben der Menschen dar, die an der Transportstrecke leben. Atommülltransporte dienen nur dazu, den Weiterbetrieb der Atomanlagen zu sichern.

Jeder weitere Transport zementiert den Endlagerstandort Gorleben. Die Bundesregierung will mit aller Macht den Schwarzbau Gorleben weiter zum Endlager ausbauen. Nach der Verlängerung der AKW-Laufzeiten soll nun ermittelt werden, dass es ein sicheres Entsorgungskonzept gebe. Das ist aber nicht der Fall. Gorleben als Standort war und ist eine rein politische Entscheidung und keine wissenschaftliche, wie suggeriert wird. So soll jetzt mit Verlängerung des Rahmenbetriebsplans weiter nach altem Bergrecht „erkundet" werden. Die Bürger_innenbeteiligung ist dabei nicht vorgesehen und auch Enteignungen sollen wieder möglich sein. Bis heute gibt es keine Lösung für den Atommüll, kein Entsorgungskonzept ist in Sicht und trotzdem wird weiterhin Atommüll produziert.

Renaissance der Anti-Atom-Bewegung ?

Die Anti-Atombewegung feierte mit großen Demonstrationen in Berlin und der Menschenkette von Krümmel nach Brunsbüttel ihr mediales Comeback. Dabei versuchen Bündnis 90 / Die Grünen und SPD sich als wichtige Partner_innen zu positionieren. Offensichtlich geht es ihnen dabei in erster Linie um Wähler_innenstimmen und den Atom-"Konsens" von 2002 weiterhin als „Ausstieg" aus der Atomwirtschaftschaft zu verkaufen. Doch dieser „Konsens" war eine Bestandsgarantie für die laufenden AKWs, die Lizenz zur weiteren Produktion von Atommüll und ein Versuch, den Widerstand gegen Atommülltransporte und Atomanlagen zu befrieden. Die vor allem von SPD und Grünen forcierte Kritik an der „Laufzeitverlängerung" durch Schwarz-Gelb ist eine falsche Orientierung. Statt den verlogenen „Atomkonsens" von Rot-Grün zu verteidigen, halten wir an den ursprünglichen Zielen der außerparlamentarischen Anti-Atom-Bewegung fest: Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit!

Brückentechnologie Atomkraft?

Die großen Stromkonzerne und die Regierung der BRD haben jetzt ihre Pläne verkündet, an der Atomkraft festhalten zu wollen und die Laufzeiten noch weiter zu verlängern. Damit werden nicht nur die Profitinteressen der Konzerne bedient und an der gefahrenvollen Atomenergie festgehalten, sondern auch an einer zentralisierten Stromerzeugung. Der Klimawandel muss zudem noch als Rechtfertigung für die „klimafreundliche" Atomkraft herhalten, obwohl diese selber Teil der sozial-ökologischen Krise ist. Atomkraft als Brückentechnologie zu bezeichnen, ist genauso unsinnig, wie eine auf Uran basierende Stromerzeugung als regenerativ zu deklarieren. Der nicht regulierbare Atomstrom verstopft die Netze und verhindert den Ausbau auf eine dezentrale und regenerative Energieversorgung. Stromkonzerne sind zu vergesellschaften, um eine bedarfsorientierte, umweltfreundliche und nicht profitorientierte Energieversorgung zu gewährleisten.

Energie – Macht – Profit

Atomenergie hat über die Möglichkeit zur Atombombe erhebliche Bedeutung in der zwischenstaatlichen Konkurrenz. Mit ihr als Druckmittel wird versucht sich weltweite Rohstoffvorkommen zu sichern und eine Weltwirtschaftsordnung durchzusetzen, die auf die Verwertung von Mensch und Natur zielt. Größere nationale Unabhängigkeit durch die Nutzung verschiedenster Energieträger, Export von Atomtechnologie und ihre Rolle als angebliche „Brückentechnologie" werden uns als „gute" Gründe genannt. Wir kämpfen aber für eine solidarische Welt, die (nicht nur den fossilen) Kapitalismus hinter sich lässt. In einer kapitalistischen Gesellschaft kann nicht zum Wohle von Mensch und Natur entschieden werden, da letztlich Profitinteressen und Konkurrenz die entscheidenden Kriterien bleiben. Als realpolitische „Sachzwänge" setzen diese sich letztlich als bestimmend durch, die politische Sphäre muss sich diesen unterordnen. Wir appellieren daher nicht an Kapital und Politik, es doch besser zu machen, sondern wollen die Trennung von Politik, Wirtschaft, Ökologie usw. in einer solidarischen Welt kollektiv überwinden.

Nie, Nie, Niehörster

Atommülltransporte nach Gorleben sind immer auch verbunden mit massenhafter Polizeipräsenz, Einschränkungen der Versammlungsfreiheit, Überwachung und Polizeigewalt. Die unterschiedlichen Formen der Staatsgewalt dienen der Durchsetzung der

Interessen der Atomindustrie. Den verschiedenen Protest- und Widerstandsformen wird mehr oder weniger brutal mit Knüppel, Pfefferspray, Wasserwerfer, (präventiver) Ingewahrsamnahme und Knast begegnet. Schon Monate vor den Castortransporten versucht die Polizei das Wendland zu beherrschen. Anti-Atom-Aktivist_innen werden observiert, ihre Telekommunikation wird überwacht, Menschen werden von den Polizist_innen angequascht um Spitzeldienste zu leisten und Polizeihubschrauber überwachen die Strecken. Die Einsatzzentrale der Polizei liegt in Lüneburg. Von hier aus wird der gesamte Polizeieinsatz koordiniert und auch Bundes- und Landespolizeieinheiten sind hier an drei Standorten kaserniert. Die Lüneburger Polizei ist auch Sprachrohr der Diffamierungskampagnen gegen den Anti-Atom-Widerstand. Neben der dauernden Darstellung als „Extremisten", hat der Polizeipräsident der Polizeidirektion Lüneburg, Friedrich Niehörster, seinem reaktionären Gedankengut öffentlich Ausdruck verliehen, als er eine bekannte Anti-Atom-Aktivistin als „krank" und „verrückt" beleidigte. Der Staat versucht mit seinen verschiedenen Repressionsapparaten, wie Polizei und Justiz, den Widerstand zu behindern und wenn möglich zu zerschlagen.

Eisige Zeiten

Die Verschärfung der Repression hängt auch zusammen mit den ökonomischen Widersprüchen der bestehenden Gesellschaftsordnung. Gerade in Zeiten der weltweiten Wirtschaftskrise mit ihren verheerenden Folgen für die abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentner_innen, Schüler_innen oder Student_innen wächst die Angst der Herrschenden vor „sozialen Unruhen". Mit der Zunahme repressiver Strategien auf allen sozialen Feldern soll ein Bewusstsein vorangetrieben werden, dass die gesellschaftlichen und ökonomischen Probleme nicht strukturell zu lösen seien, sondern durch Sanktion, Ausschluss und Verdrängung. Die Macht der HeRRschenden – also auch der Atomwirtschaft – soll mit Repression gesichert werden. Zu Themen wie „Innere Sicherheit", „Ausländerrecht", „Verfassungsschutz- und Polizeiangelegenheiten", „Bekämpfung des Terrorismus" und „Gefahrenabwehr" treffen sich halb-jährlich die Innenministerkonferenz (IMK) zusammen mit den verschiedenen Sicherheits-, Geheimdienst-, und Polizeiorganen der Länder. Die IMK ist Ausgangspunkt für den Ausbau von Repressionsorganen.Vom 18. bis 19. November findet die nächste in Hamburg statt. Hamburg unsicher machen! IMK versenken!

Heiße Zeiten: Hart Backbord!

Uns nervt die politische Vereinnahmung des Protestes von Parteien und der neu geformten "AntiAtomLobby". Wir wollen keine Stellvertreter_innenpolitik oder über Laufzeitverlängerungen streiten. Wir wollen die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit und geben uns nicht mit Kompromissen zufrieden. Dies waren und sind die Forderungen der selbstorganisierten Anti-Atom-Bewegung! Die Erfahrungen mit dem Atomstaat bewegen viele Menschen deutlich und entschlossen ihre Ablehnung zum Ausdruck zu bringen und sich gemeinsam auf Straße und Schiene mit vielfältigen Aktionen gegen die Atomenergie zur Wehr zu setzen.

Atomausstieg bleibt Handarbeit!
Castor stoppen!
Repression solidarisch bekämpfen!
Kapitalismus kollektiv überwinden!
Hart Backbord, für einen sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie weltweit!

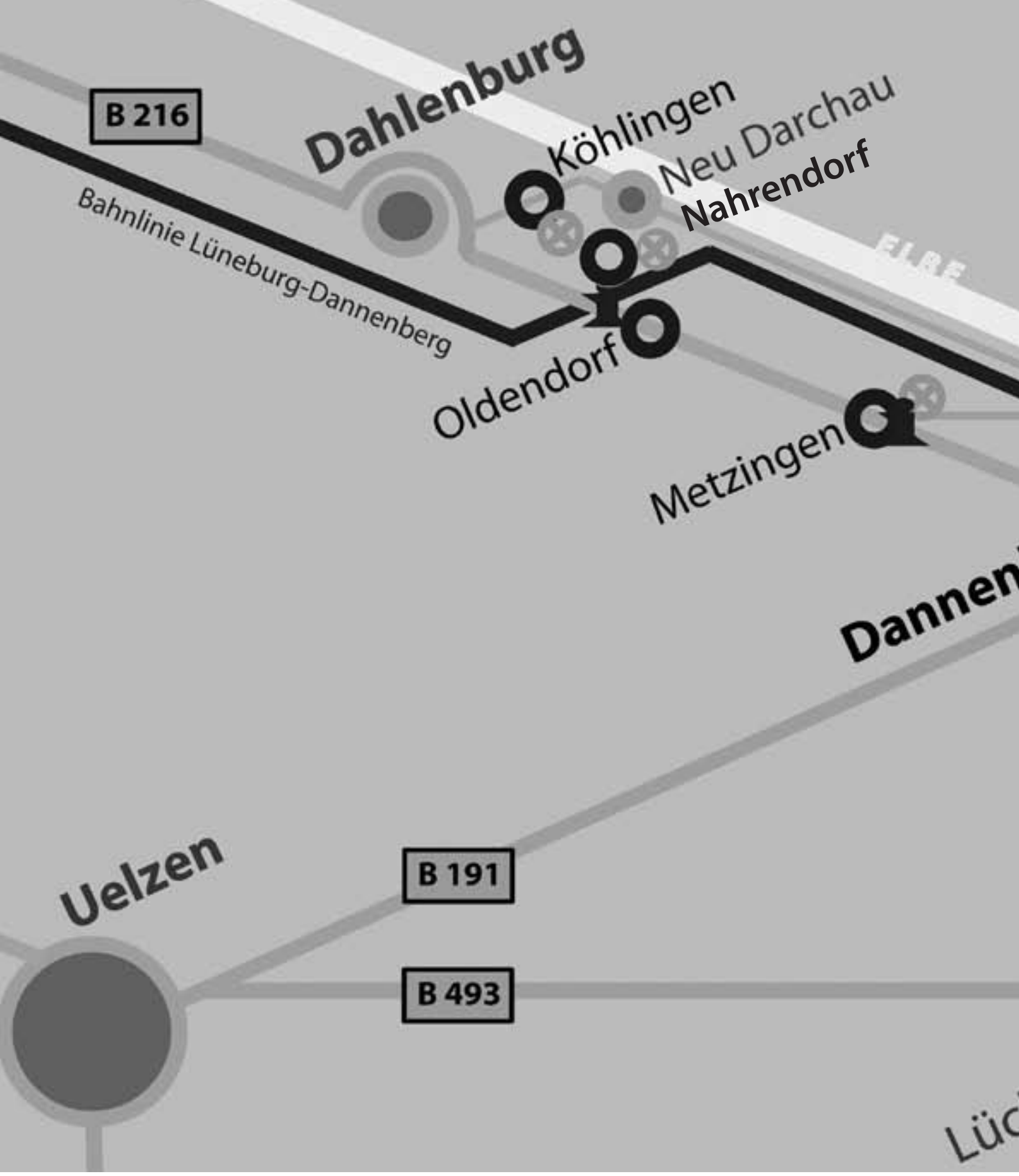
Infos:

Wichtige Telefonnumern ab Freitag den 5. November freigeschaltet:

- **Nummer des EA:** 05841 - 970430
- **Der Castor-Orga-Wagen sammelt aktuelle Informationen rund um den Transport:** 05861-8007666
- **Radio Freies Wendland:** 05861-8007676
- **Sanizentrale:** 05861-8007611
- **Infozelt, Schlafplatzbörse:** 05861-8007622

Radio freies Wendland:
Frequenz im Wendland und weit darüber hinaus: 89,7 MHz

Eine Woche vor dem Castor-Transport wird der Bahnverkehr zwischen Lüneburg und Danneberg eingestellt.
Deshalb: Reist wenn möglich mit Bussen nach Dannenberg an. Es wird nur in begrenzten Umfang Bustransfer angeboten.
Bustransfer vom Bahnhof Uelzen: (Transfer für Reisende aus Richtung Hannover / Hamburg / Bremen)
Abfahrt: 11:20 Uhr Rückfahrt: 17:30 Uhr



Infopunkte

- **Dannenberg:** Esso-Wiese; Bettenbörse und Infopunkt
- **Splietau:** Kundgebungswiese
- **Metzingen:** im Rundling
- **Dahlenburg:** an der Oldendorfer Brücke
- **Laase:** Musenpalast
- **Gusborn**
- **Langendorf**
- **Gorleben**

- **Metzingen:** 0162 8863594
- **Köhlingen:** 0151-23996845
- **Nahrendorf:** ab 05.11., 0172-2066019
- **Hitzacker:** Treffpunkt für „Widersetzen“ und „Atomkraft wegbassen“; 0172-5656258
- **Gedelitz:** X-tausendmal quer
- **Splietau**
- **Zwischen Gusborn und Quickborn:** Camp der Bäuerlichen Notgemeinschaft

Camps

WIESO SOLL ICH SEXISTISCH SEIN? ICH BIN ANARCHIST!

VON CRISS CRASS

>TEIL I:

EINLEITUNG

„Was meinst du damit? Ich soll ein Sexist sein?" Ich war geschockt. Ich bin kein Macker, ich habe keinen Hass auf Frauen, ich bin keine böse Person. „Aber wieso soll ich ein Sexist sein? Ich bin doch Anarchist!". Ich war unsicher, nervös, versuchte mich zu rechtfertigen. Ich glaubte an Befreiung und an den Kampf gegen Kapitalismus und Staat. Da sind doch auf der einen Seite jene, die Ungerechtigkeiten verteidigen und von ihnen profitieren, und auf der anderen Seite stehen wir, oder? Ich war 19 und es war 1993, vier Jahre nachdem ich politisch aktiv wurde.

Nilou hält meine Hand während sie mir geduldig erklärt: „Ich sage nicht, dass du eine böse Person bist, ich sage, dass du sexistisch bist und Sexismus gibt es in vielen verschiedenen Formen subtilen wie krassen. Du unterbrichst mich, wenn ich rede. Du achtest mehr darauf, was Männer sagen. Letztens, als ich mit dir und Mike im Café saß, war es so, als ob du und Mike allein ein Gespräch führen würden und ich nur zum Zuschauen da sei. Ich habe versucht mich einzuklinken, aber ihr habt mich nur angeschaut, und seit dann wieder in euer Gespräch verfallen. Die Männer in unserer Gruppe halten Augenkontakt und sie verhalten sich so, als ob keine Frauen anwesend wären. Die (Lern) Gruppe ist ein Forum für Männer geworden, wo es nur um dieses oder jenes Buch geht so als ob sie alles wüssten und nur den Rest von uns zu unterrichten bräuchten.

Für lange Zeit dachte ich, dass es nur an mir läge, dass das, was ich zu sagen hatte, nicht konstruktiv oder aufregend wäre. Dass ich möglicherweise meinen Ansatz ändern sollte oder übertrieben auf die Situation reagierte, dass alles vielleicht nur ein Hirngespinst sei und ich selbst darüber hinweg kommen müsste. Aber dann hab ich gesehen, dass es anderen Frauen in der Gruppe genauso ging, immer und immer wieder. Ich will dich nicht für all das beschuldigen, aber du bist ein wichtiger Teil der Gruppe und du bist Teil dieser Dynamik."

Dieses Gespräch hat mein Leben verändert, und um die darin enthaltene Herausforderung soll es in diesem Essay gehen. Dieser Essay ist für weiße, bürgerlich sozialisierte Männer, die als Männer in linken/anarchistischen Kämpfen aktiv sind. Ich will den Fokus auf meine Erfahrungen im Umgang mit dem Thema Sexismus und AntiSexismus aus einer emotionalen und psychologischen Perspektive legen. Ich wähle diesen Fokus, weil es eine persönliche Herausforderung ist. Dieser Ansatz hat sich in der praktischen Arbeit mit Männern gegen Sexismus als effektiv gezeigt. Frauen betonen immer wieder, dass diese Aspekte nicht vergessen werden dürfen. Rona Fernandez vom Youth Empowernment Center in Oakland schreibt:

„Ermutige Männer/genderprivilegierte Menschen, die Rolle von Emotionen (oder deren Mangel) in ihrer Erfahrung von Privilegiertheit zu untersuchen. Ich betone das, weil ich denke, dass auch Männer / genderprivilegierte Menschen unter dem Patriarchat leiden und eine der unmenschlichsten Formen davon ist die Unmöglichkeit bzw. Schwierigkeit, Gefühle auszudrücken."

Clara Bayard von AntiRacism for Global Justice bringt es treffend auf den Punkt, wenn sie mit folgenden Worten privilegierte Aktivisten anspricht: „Es hat Jahre des Lernens und harte Arbeit gebraucht um deine politische Analyse zu entwickeln. Warum glaubst du ein emotionales Verständnis soll einfach so daherkommen, es braucht genauso Arbeit."

Dieser Essay basiert auf Arbeiten von Frauen, Women of Color im Besonderen, die über das Patriarchat und über Sexismus in linken/anarchistischen Bewegungen schreiben und dagegen aktiv sind. Die Arbeiten von Barbara Smith, Gloria Anzaldua, Ella Baker, Patricia Hill Collins, Elizabeth ‚Betita' Martinez, bell hooks und vielen anderen bieten politische Grundlagen, Visionen und Strategien für jene Auseinandersetzungen, die genderprivilegierte weiße Männer leisten sollten. Zusätzlich gibt es mehr und mehr genderprivilegierte Männer

in der Bewegung, die daran arbeiten, die männliche Vorherrschaft abzubauen. Es gibt Tausende von uns, die anerkennen, dass das Patriarchat existiert, dass wir darin Privilegien haben, dass Sexismus die Bewegung untergräbt, dass Frauen, Transgender und Queers immer wieder darauf hingewiesen haben, als sie sagten: „Ihr müsst miteinander reden, euch selbst herausfordern und herausfinden was ihr tun könnt." Und dennoch bilden in unserer Bewegung jene weißen Männer die Überzahl, die zwar zustimmen, dass Sexismus in der Gesellschaft verwbreitet ist, ihre persönliche Involvierung darin aber nicht erkennen.

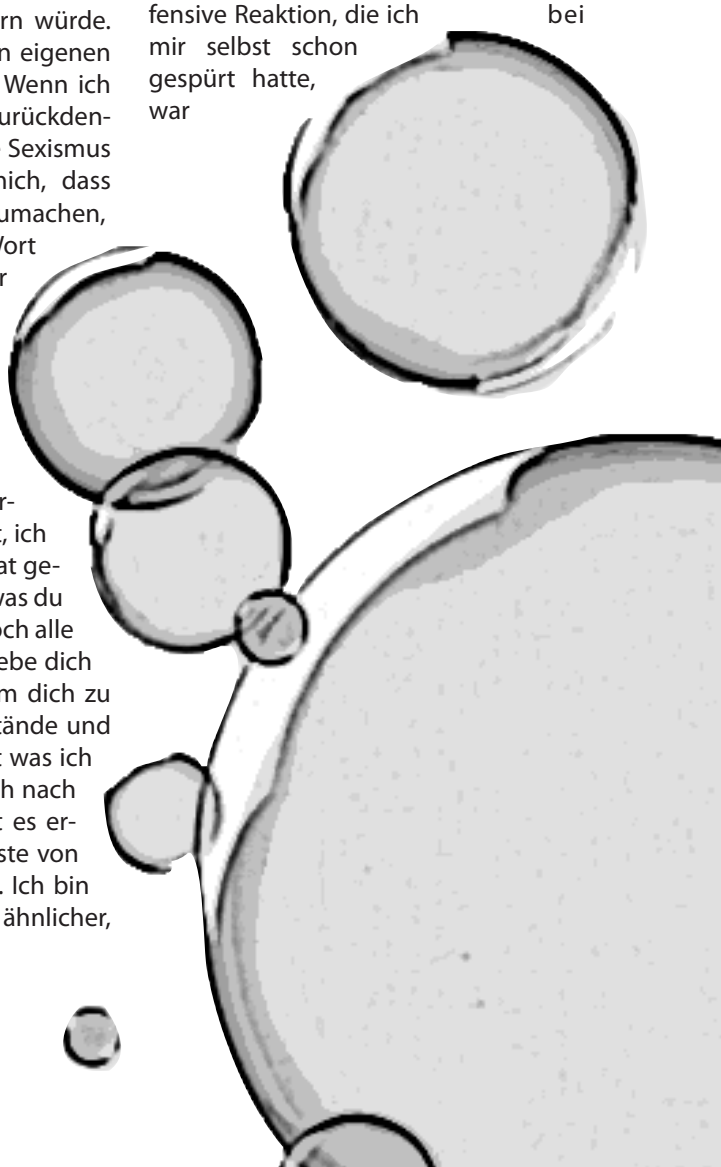
Lisa Sousa vom IMC San Francisco und AK Press erzählte mir über Reaktionen von Männern bei Sexismus und Gender Diskussionen in politischen Zusammenhängen:

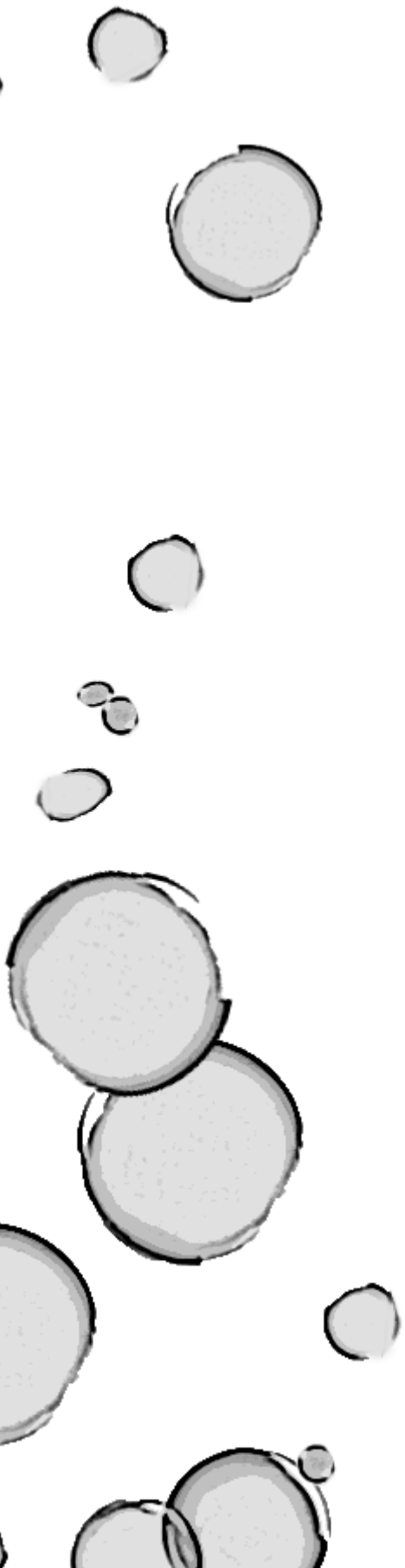
„Wir werden alle unterdrückt", „Wir sollten über Klasse reden", „Du verwendest gender nur, um bestimmte Personen angreifen zu können". Als sie das Thema ansprach, dass Frauen jene Gruppen mit mehr Männern relativ schnell wieder verlassen, waren die Antworten: „Männer verschwinden ebenso, es sind nicht mehr Frauen, die wieder gehen, als Männer. Die Leute gehen einfach wieder, so ist das in unseren Zusammenhängen", „Wir müssen nur mehr Frauen rekrutieren. Wenn Frauen wieder gehen, gibt es auch noch mehr, von wo sie kommen".

Diese Kommentare sind all zu vertraut. Obwohl es verführerisch wäre, mich einfach von diesen Männern zu distanzieren, ist es wichtig, dass ich mich an die Zeit erinnere, als ich selbst solche Antworten gab. Für mich als jemand, der an die Bewegung und kollektive Befreiung glaubt, ist es wichtig mit den Leuten in der Bewegung eine Verbindung aufzubauen. Als eine Person mit dem Privileg mit anderen Privilegierten aktiv zu sein, bedeutet das zu lernen mich selbst zu schätzen und mich auch in anderen zu sehen die ich viel lieber nur anprangern würde. Es bedeutet auch mit meinen eigenen Erfahrungen ehrlich zu sein. Wenn ich an das Gespräch mit Nilou zurückdenke und an ihre Erklärung, wie Sexismus funktioniert, erinnere ich mich, dass ich versucht habe nicht zu zumachen, sondern zu verstehen. Das Wort „aber" hat sich immer wieder in meinem Kopf wiederholt, gefolgt von „aber es war ein Missverständnis, ich habs nicht so gemeint, ich wusste nicht, dass du so gefühlt hast, ich habe nicht versucht, das zu tun, ich würde doch gerne sehen, dass du aktiver bist, ich verstehe es nicht, niemand hat gesagt, sie wollen nicht hören, was du zu sagen hast, wir glauben doch alle an Gleichberechtigung, ich liebe dich und würde nie etwas tun, um dich zu verletzen, es waren die Umstände und kein Sexismus, ich weiß nicht was ich tun soll". Selbst wenn ich mich nach 10 Jahren daran erinnere, ist es erstaunlich, wie oft dieselbe Liste von „aber" durch mein Hirn läuft. Ich bin diesen „anderen" Männern ähnlicher, als ich es mir zugestehen will.

Nilou hat unzählige Stunden damit verbracht mit mir über Sexismus zu reden. Es war unglaublich schwierig. Mein Politikverständnis hatte einen klar definierten dualistischen Rahmen von gut und schlecht. Wenn es stimmte, dass ich sexistisch sei, dann bedeutete das, dass mein Selbstverständnis in Frage gestellt würde und sich mein Politikverständnis verändern müsste. Rückblickend war diese Auseinandersetzung ein unglaublich wichtiger Moment in meinem Werden, zu der Zeit hatte es sich aber beschissen angefühlt.

Zwei Wochen danach, beim Treffen unserer Gruppe, hat Nilou ihre Hand gehoben. „In dieser Gruppe kommt Sexismus vor". Sie zählt die Beispiele auf, die sie mir vorher schon gesagt hat. Die defensive Reaktion, die ich bei mir selbst schon gespürt hatte, war





nun durch die fünf anderen Männern im Raum noch verstärkt. Andere Frauen begannen das Wort zu ergreifen. Sie hatten ebenso dieselben Dynamiken abbekommen und genug davon, diese zu ertragen. Die Männer wären schockiert und versuchten sich zu verteidigen; wir begannen aufzulisten, warum alle Vorwürfe einfach nur Missverständnisse oder falsche Wahrnehmungen seien. In aller Aufrichtigkeit sagten wir: „Aber wir wollen doch alle die Revolution".

Nach dem Treffen bat mich die Frau, die am längsten in der Gruppe war, sitzen zu bleiben. April war schon seit über einem Jahr in der United Anarchist Front und auch sie zählte mir unzählige Beispiele von sexistischem Verhalten auf. Männer in der Gruppe trauten ihr nicht zu, Verantwortung zu übernehmen, auch wenn sie noch nicht so lange in der Gruppe waren wie sie. Sie wurde nicht nach Informationen über die Gruppe gefragt, noch wurde ihre Meinung zu politischen Fragen eingeholt. Andere haben sich unserem Gespräch angeschlossen und wieder begannen Männer, die SexismusVorwürfe zu hinterfragen. April brachte erneut ein Beispiel an, das sie mir bereits zuvor verständlich erklärt hat und Männer haben es wieder als Missverständnis abgetan. Ein paar Minuten später habe ich dasselbe Beispiel noch mal eingebracht und diesmal kam Zustimmung von anderen Männern, dass es ja vielleicht in diesem Fall tatsächlich Sexismus war. April sprach dies sofort an, dabei hatte ich noch nicht mal richtig realisiert, was passiert war. Ich schaute April an, als sie es erklärte. Ihre eigenen Worte, aber durch meinen Mund gesprochen, wurden gehört und ernst genommen. Da war es. Ich wollte nicht wirklich wahrhaben, dass wir sexistisch waren, aber da habe ich es endlich gesehen. Es hat sich furchtbar angefühlt, wie ein Tritt in den Bauch. Nilou und April versuchten verzweifelt uns dazu zu bringen, einzusehen, dass wir ein Problem in der Gruppe hatten. Aber wie konnte das passieren, ohne dass es meine Absicht war? Ich hatte Angst noch irgendetwas zu sagen.

Zwei Monate später saß ich in einer Männerrunde, schweigend. Wir wussten nicht, worüber wir reden sollten. Genauer gesagt waren wir nervös, ängstlich, herablassend und hatten keine Energie dafür aufgewendet, eine sinnvolle Diskussion über Sexismus zu führen. Nilou und April hatten vorgeschlagen, einen Tag über Sexismus zu reden und in getrennten Runden damit zu beginnen.„Was reden die Frauen", haben wir uns gefragt. Als sich die Gruppe wieder zusammenfand, hat die Diskussion schnell dazu geführt, dass Frauen ihre Wahrnehmungen und Erfahrungen verteidigen mussten. Ich habe mich furchtbar gefühlt, ich habe damit gekämpft, zu glauben, was ich hörte. Ich war vollkommen verunsichert, wie wir weitermachen sollten.

Verschiedene Leute unterschiedlicher Gender sind verfrüht gegangen, weinend, desillusioniert und von Machtlosigkeit überwältigt. Meine Mutter hatte einen Teil der Diskussion beobachtet und bat um eine Wortmeldung. „Ihr redet alle über enorme Themen, die sehr schwierig sind. Es macht mich glücklich zu sehen, dass ihr bereits so jung ernsthaft darüber redet. Es zeigt, dass ihr wirklich an das glaubt, wofür ihr kämpft. Und es ist ein Gespräch, das nicht mit einem Tag erledigt ist." Ich konnte die Schwere im Raum fühlen als wir uns ansahen, viele hatten Tränen in den Augen. Es war klar, dass Sexismus

zu hinterfragen viel mehr ist als zu lernen in Gruppendiskussionen Augenkontakt mit Frauen herzustellen. Es ist das Infragestellen eines Machtsystem, das auf der politischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen, und psychologischen Ebene operiert. Meine verinnerlichte Überlegenheit war nur die Spitze eines Eisberges, bestehend aus Ausbeutung und Unterdrückung.

>TEIL II:

„IN WELCHER HISTORISCHEN KLASSE BIN ICH?“

„Weist du in welcher Klasse (1) du bist?“ In den sieben Jahren College wurde mir, einem weißen, bürgerlichen und männlichen Studierenden der Woman und Ethnic Studies (2) diese Frage oft gestellt. Beim Betreten eines Kurses über die Geschichte von schwarzen Frauen, bot mir jemand Hilfestellung an, herauszufinden, wo mein Kurs stattfindet.

Ich verstand, warum ich gefragt wurde und auch, dass sich die Frage nicht nur um eine Klasse in einem Raum dreht, sondern um eine soziale Kategorie in einer weiß dominierten rassistischen, patriarchalen, heterosexistischen, kapitalistischen Gesellschaft, die fest dazu entschlossen ist, ihre Kontrolle aufrechtzuerhalten. Ich wusste aus welcher Klasse ich war, woher ich kam und, dass meine Beziehung zu Women's Studies und Ethnic Studies eine komplizierte war. Ich wusste, dass mich einige nicht in diesen Kursen wollten und auch, dass andere sich durch meine Anwesenheit unwohl fühlten. Und viele Lehrende und einige StudentInnen sagten mir, sie seien froh, dass ich hier bin. Es hat mir geholfen, zu sehen wie komplex diese Kämpfe sind und dass es keine einfachen Antworten gibt.

Ich ging für vier Jahre ins Community College und dann für drei nach San Francisco State. Die meisten meiner LehrerInnen waren Frauen und People of Color (3). Ich bin jedoch in einem ziemlich abgeschlossenen Viertel aufgewachsen, mit nur wenigen Rollenvorbildern, AutoritätspersonenMentorInnen und LehrerInnen, die People of Color waren.

Was ich im College über Women of Color, Feminismus, Schwarze Befreiungskämpfe, Chicana/o Geschichte, Kolonialismus aus der Perspektive einer indigenen Geschichte, Gewerkschaftsgeschichte, AntiRassismus aus der Perspektive von ImmigrantInnen und flüchtenden Frauen gelernt habe, hatte einen tiefen Einfluss auf mich. People of Color und besonders Women of Color als Lehrende und Begleitende zu haben, war unglaublich wichtig für mein Werden, vor allem auf einer psychologischen Ebene, was mir damals nicht unbedingt so bewusst war. People of Color und Frauen mit progressiven/linken/radikalen Ansätzen, die meine Schulbildung prägten, bewirkten eine subversive Verschiebung in den Machtbeziehungen, was nicht im Lehrplan hervorgehoben wurde, aber zentral für die gesamte Ausbildung waren.

Die Lernerfahrung in einem von Frauen und People of Color geprägten Umfeld hinterließ einen tiefen Eindruck bei mir, weil es das erste Mal war, dass ich mich in einer Situation befand, wo ich in der Minderheit bezogen auf race oder gender war. Plötzlich waren race und gender nicht mehr ein Thema unter vielen anderen, sondern ein zentraler Aspekt dafür, wie andere die Welt verstehen und erfahren. Die Frage, an die ich selbst oft im Stillen dachte, „warum müsst ihr immer über race und gender reden?“, wurde auf den Kopf gestellt: „Wie kannst du nicht ständig über race und gender nachdenken?“

Mit der Zeit hatte ich eine Strategie fürs College entwickelt. In den ersten Unterrichtswochen verhielt ich mich ziemlich ruhig, versuchte aufmerksam zuzuhören. Damit die Leute wussten, woher ich kam, würde ich in der ersten Woche etwas sagen, um mich von weißer Vorherrschaft und Patriarchat (manchmal Kapitalismus) als unterdrückende Systeme, von denen ich selbst profitierte, abzugrenzen. Meistens waren Schock, Aufregung oder Erleichterung die Reaktionen darauf. Durch Zuhören und Offenheit gegenüber neuem Wissen und neuen Erzählungen versuchte ich Vertrauen aufzubauen und so nahm ich mit der Zeit mehr an den Diskussionen teil. Obwohl diese Strategie antisexistische Ziele beinhaltete, ging es auch darum, mich in einer bestimmten Art zu präsentieren.

Der andere Teil der Strategie war, in weiß und männlich dominierten Kursen, wie beispielsweise Politikwissenschaft, aktiv teilzunehmen, Fragen zu stellen und andere Perspektiven einzubringen. People of Color und Frauen, mit denen ich zusammen gearbeitet habe, haben mir klar vermittelt, dass ich ihrer Meinung nach eine Verantwortung dazu habe. „Sie erwarten das von uns (People of Color/ Frauen) und tun uns dann als aggressiv, emotional und/oder einem Opfermodus verhaftet ab. Du musst deine Privilegien nutzen, um von den Weißen und Männern gehört zu werden.“ Das Ziel war es dabei nicht unbedingt, die

Meinung der Lehrenden zu verändern, sondern einen Raum für eine kritische Auseinandersetzung über race, class und gender mit anderen Studierenden zu öffnen, die meist männlich und weiß waren. Das war eine wichtige Lernerfahrung für mich, oft kam ich kalt, zornig, selbstgerecht oder unsicher rüber, was nicht gerade hilfreich war. Das wäre vielleicht eine sinnvolle Taktik, wenn es mein Ziel ist, Männer und Weiße anzuschreien, um meine eigene Schuld und Scham dafür zu mindern, weiß und männlich zu sein. Aber wenn es mein Ziel ist, mit Leuten zu arbeiten, damit sie AntiRassismus und Feminismus ernst nehmen, dann muss ich ehrlicher mit mir selbst sein und brauche einen reflektierteren Zugang.

Ich bin im Glauben groß geworden, dass ich als einzelnes Individuum auf einem linearen Pfad des Fortschritts ohne Vergangenheit lebe. Geschichte war für mich eine Ansammlung von Daten und Ereignissen, die zwar interessant zu wissen waren, aber nix oder kaum etwas mit meinem Leben zu tun hatten. Ich sah mich einfach als Person, die ihre eigenen Sachen verfolgte. Dann habe ich gelernt, dass weißsein, männlichsein, bürgerlichsein, gesundsein, meist heterosexuellsein und einen USPass zu haben, nicht nur bedeutet, gewisse Privilegien zu haben, sondern auch historisch verwurzelt zu sein. Ich bin Teil sozialer Kategorien weiß, männlich, hetero, aus der Mittelschicht. Das sind alles Gruppen, die eine Geschichte haben und auch von Geschichte geformt wurden. Teil dieser Gruppen zu sein bedeutet unter anderem auch als normal erachtet zu werden, als das Maß, an dem alle anderen gemessen werden. Zu meinem Bild nur „meine eigene Person“ zu sein, kamen nun jene Bilder von Sklavenschiffen, verbrannten indigenen Gemeinschaften, zerstörten Familien, Gewalt gegen Frauen, weißen Männern der Oberschicht die ärmere weiße Männer dazu benutzen, weiße Frauen, People of Color und die Erde zu kolonisieren.

Ich erinnere mich daran, wie ich in einer Klasse über afroamerikanische Frauengeschichte saß, als eine von zwei weißen Personen und einer von 2 Männern. Die anderen 15 Personen waren schwarze Frauen und ich war der einzige weiße Mann. Wir wurden über die Sklaverei unterrichtet, Ida B. Wells‘ AntiLynch Kampagne und die systematische Vergewaltigung von versklavten afrikanischen Frauen durch weiße Sklavenbesitzer Millionen von Vergewaltigungen, durch das Gesetz sanktioniert und gedeckt. Gleichzeitig wurden hunderte schwarze Männer von weißen Männern gelyncht, mit dem Vorwand weiße Frauen vor schwarzen Vergewaltigern zu schützen. Ich saß mit meinem Kopf gesenkt da und fühlte wie die Geschichte in meinen betäubten Bauch kroch, während sich meine Augen mit Tränen füllten. Wer waren diese weißen Männer und was haben sie über sich selbst gedacht? Ich hatte Angst davor, in die Gesichter der schwarzen Frauen im Raum zu schauen. „Während es eine Vermischung der verschiedenen Herkünfte aufgrund von Liebe gibt“, sagte die ProfessorIn „haben institutionalisierte Vergewaltigungen über Generationen dazu geführt, dass es bei unseren Leuten so viele Schattierungen von Schwarz gibt.“ Wer bin ich und wie

denke ich über mich selbstst?

>TEIL III:

„DIESER KAMPF IST MEINER“

„Ich habe nicht die blasseste Idee, welche revolutionäre Rolle weiße heterosexuelle Männer erfüllen könnten, da sie die Verkörperung erworbener reaktionärer Macht und Interessen sind“.

ROBIN MORGAN in der Einleitung von SISTERHOOD IS POWERFUL

„Stelle dich deiner Angst / die Angst bist du / du kannst nicht davon laufen / du kannst dich nicht verstecken / die Angst bist du / ist es wahr, dass der Schaden, den du bringst, größer ist als das Gute, das du tust / stelle dich deiner Angst / umarme deine Angst / der Schmerz im Inneren ist das wahre Innere / lass es raus / wenn die Sozialisierung weg ist / was bleibt über / die Angst ist realer als die Hoffnung, die du schaffst / wohin willst du gehen / was willst du machen / lass alles gehen, weil es bereits du ist / kann ich voran / kann ich voran / mach alles auf / du weißt, es stimmt alles / die Hoffnung bist du“

WHITE BOY EMOHARDCORE

Es gab und gibt Zeiten, in denen ich mich selbst hasse, schuldig und ängstlich fühle. Ich weiß in meinem Herzen, dass ich eine Rolle in emanzipatorischen Prozessen gespielt habe und ich weiß aus der Praxis, dass es sinnvolle Sachen gibt, die ich tun kann. Aber trotzdem verfolgt mich die Frage, ob ich mich nicht einfach nur selber verarsche. Bilde ich mir nur ein, mehr zu bewegen, oder bin ich vielmehr problematisch. Es leuchtet ein, dass Robin Morgan‘s Zitat sehr sinnvoll ist, um darüber nachzudenken, jedoch nicht um dabei stecken zu bleiben. Ich bin im Glauben groß geworden, zu allem befugt zu sein. So als ob ich überall hingehen kann, wo immer ich hin will oder gebraucht werde, und alles machen kann.

Das Patriarchat und der Heterosexismus haben mir auch auf subtile und auf heftige Weise beigebracht zu glauben, dass ich einen Anspruch auf den Körper von Frauen hätte, einen Anspruch auf Raum hätte und ich meine Ideen und Gedanken einfach einbringen könnte, ohne in Betracht zu ziehen, wie es anderen damit ging. Meine Sozialisation ist von jener der meisten anderen Menschen sehr verschieden, denen beigebracht wird, die Klappe zu halten, ihre Meinung für sich zu behalten, verstecken zu müssen wer sie wirklich sind, aus dem Weg zu gehen und niemals vergessen zu dürfen wie glücklich sie sein sollen überhaupt toleriert zu werden. Ich glaube, es ist sehr hilfreich, nicht immer anzunehmen du würdest gebraucht, zu lernen Raum und Macht zu teilen, mit anderen zusammenzuarbeiten und dabei herauszufinden welche Rolle du spielen kannst und sollst. Wie selten Männer miteinander über diese Themen reden und sich gegenseitig in diesem Prozess unterstützen ist bezeichnend aber nicht gerade hilfreich.

Laura Close, Aktivistin bei Students for Unity in Portland, ist darauf in ihrem Essay „MÄNNER IN DER BEWEGUNG“ eingegangen. Sie schreibt:

„jeden Tag wachen junge Männer auf und entscheiden sich dafür, Aktivisten zu werden. Oft stoßen sie dabei auf Diskussionen über männliche Privilegien, die sie befremden und zum Schweigen bringen, ohne dass sie jemensch dabei unterstützt, ihren Kopf zu dekolonialisieren. Überlege doch wie es wäre, wenn erfahrenere Männer mit den neuen mal auf einen Kaffee gehen würden und über ihre eigenen Erfahrungen als Mann in der Bewegung reden. Rede darüber was du gelernt hast! Überlege dir, was es für Männer bedeuten würde, wenn sie in ihrer Entwicklung zu Verbündeten, Unterstützung bekommen würden.“

Sie ruft dazu auf, dass Männer andere Männer unterstützen, um in einer antisexistischen Bewegung aktiv zu werden.

Ich wusste, dass sie recht hatte. Aber der Gedanke daran, so etwas wirklich zu tun, machte mich nervös. Sicher, ich hatte genügend genderprivilegierte Freunde. Aber daraus einen politischen Anspruch zu machen und Beziehungen zu entwickeln, in denen ich mich bezüglich meiner eigenen sexistischen Auseinandersetzungen öffnen würde war Furcht einflößend. Vor allem deshalb, weil ich zwar damit umgehen konnte, das Patriarchat zu kritisieren und ab und zu andere Männer auf ihre Sexismen anzusprechen. Aber ehrlich in Bezug auf meine eigenen Sexismen zu sein, politische Analyse/Praktiken mit meinem eigenen emotionalen/psychologischen Prozess zu verbinden, angreifbar zu sein?

Pause. Angreifbar durch was? Erinnert ihr euch daran als ich sagte, in den Kursen zu Women Studies habe ich mich als Gegner des Patriarchats, weißer Vorherrschaft und manchmal des Kapitalismus, deklariert? Das Bewusstsein über Feminismus, ganz zu Schweigen davon, darin engagiert zu sein, war bei genderprivilegierten Männern im College

so gering, dass es bereits sehr weit voraus wirkte, ein feministisches Buch zu lesen und zu sagen „ich erkenne, dass Sexismus existiert". Auch wenn das Bewusstsein und Engagement unter AktivistInnen generell höher ist, so viel höher ist es auch wieder nicht. Es gibt zwei große Themen, die sich durch die meiste Zeit meines politischen Lebens gezogen haben. Meinem eigenen Verstricktsein entgegenzuwirken und meine tiefe Angst davor, nicht mal in die Nähe meiner Ansprüchen zu kommen. Es ist viel einfacher für mich, in der Klasse, beim Schreiben oder auf Plena das Patriarchat zu kritisieren, als in meinen persönlichen Beziehungen mit FreundInnen, der Familie oder PartnerInnen feministische Inhalte zu praktizieren. Das ist speziell dann schwierig, wenn politisch aktive Männer, wie ich, sich so wenig Zeit dafür nehmen, miteinander darüber zu reden.

Was fürchte ich mich zuzugeben? Dass ich jeden Tag damit kämpfe, Stimmen, die ich Frauen zuordne, auch wirklich zuzuhören. Ich weiß, dass meine Gedanken schneller weiter wandern, ich weiß, dass ich automatisch eine Meinung von einem Mann ernster nehme. Ich weiß, dass ich automatisch die Leute nach Status hierarchisiere (wie lange sie schon aktiv sind, in welchen Gruppen sie waren, was sie geschrieben haben und wo es publiziert wurde, welche FreundInnen sie haben) wenn ich in einen Raum mit vielen AktivistInnen komme. Ich positioniere mich darin und spüre vor allem mit anderen Männern ein Konkurrenzdenken. Mit jenen Leuten, die ich als Frauen wahrnehme, wende ich denselben Maßstab an, nur drängt sich da noch sexuelle Attraktivität in mein HeteroHirn. Was sind gesunde sexuelle Anziehungen und Bedürfnisse und wie stehen diese in Beziehung bzw. unterstützen meine systematische Sexualisierung von Frauen? Dies wird verstärkt durch eine alltägliche Realität, in der Frauen als stimmlose Körper dargestellt werden, die sich den Wünschen heterosexueller Männer ergeben wir wissen das. Aber was bedeutet das für meine Kommunikation mit Aktivistinnen? Wie zeigt sich das darin, wie ich liebe, wie ich Liebe anstrebe, sie ausdrücke oder über sie nachdenke? Ich rede nicht darüber, ob ich meine Partnerin lecke oder „Ich liebe dich" sage. Ich rede darüber, ob ich Gleichberechtigung in unserer Beziehung über den Wunsch, gut miteinander auszukommen, hinaus anstrebe.

Es ist eine Tatsache, dass meine Partnerinnen in unsere Beziehungen viel mehr emotionale und finanzielle Unterstützung eingebracht haben als ich. Ich rede davon, bei einem Mann fast nie mit meinen Gedanken abzuschweifen, weil ich ihn in einen sexuellen Kontext setze.

Wiederholt habe ich mich dabei ertappt, an Sex zu denken, während ich Aktivistinnen oder meinen Freundinnen beim Reden zuhörte. Ich bin Feuer und Flamme für Verliebtsein, gesunde sexuelle Bedürfnisse und prosex Ansätze, aber dass ist es nicht, worüber ich rede. Ich rede von Machtbeziehungen und Ansprüche von Frauen, die durch mein heteroverlangen marginalisiert werden. Ich wünschte, ich würde nicht regelmäßig in die Defensive gehen, aber ich mach's. Ich werde frustriert darüber, wie Macht zwischen mir und meiner Partnerin wirkt und beende Gespräche. Ich gehe in Verteidigung, wenn es darum geht, wie die Welt uns und unsere Dynamiken beeinflusst. Ich weiß, es gibt Zeiten, in denen ich sage, „ok, ich denk drüber nach", während ich in Wirklichkeit denke, „lass mich in Ruhe".

Das hier ist keine Beichte, damit mir vergeben wird, sondern eine permanente Auseinandersetzung darüber, wie tief ich von patriarchalen Strukturen und Unterdrückungsmechanismen geprägt bin. Das Patriarchat zerfetzt mich. Ich habe so viele Ängste, ob ich auch fähig bin, eine gesunde Liebesbeziehung zu haben. Ängste darüber, ob ich wirklich ehrlich mit mir selbst bin, damit ich mich öffnen kann um mit anderen zu teilen. Die Wunden des Patriarchats kann ich an jeder Person sehen mit der ich zu tun habe, wenn ich mich dazu zwinge und wirklich schaue und mir Zeit nehme darüber nachzudenken. Das macht mich traurig und voller Zorn. Bell hooks schreibt in ihrem Buch All About Love, dass Liebe unmöglich ist wo der Wille zu dominieren vorhanden ist. Kann ich echt lieben? Ich will es glauben. Ich will an eine politische Praxis für genderprivilegierte Männer in Opposition zum Patriarchat glauben.

Ich glaube sehr wohl, dass, wenn wir uns mit Unterdrückung auseinandersetzen, wenn wir unser Engagement ernst nehmen, dass wir dann unsere Humanität aktualisieren und ausdrücken. Es gibt Momente, Erfahrungen und Ereignisse, wo ich sehe, dass patriarchale Strukturen von allen Gender bekämpft werden. Das zeigt, dass wir es können. Ich glaube, dass es eine Lebensaufgabe ist und in ihrem Kern ist es ein Kampf für unsere Leben. Und dabei bemerken wir, dass unsere Liebe, Schönheit, Kreativität, Hingabe, Würde und Fähigkeit selbst angesichts dieser Unterdrückungssysteme wächst. Wir können das.

>POST SCRIPT:

„WIR MÜSSEN UNS BEWEGEN, UM DIE AUSEINANDERSETZUNG ECHT ZU MACHEN“

Es ist notwendig, sich mit schwierigen emotionalen und psychologischen Themen auseinanderzusetzen. Dennoch gibt es noch unendlich viele konkrete Schritte, die wir machen können und müssen, um männliche Vorherrschaft zu bekämpfen. Eine palästinensische Aktivistin hat mir geschrieben, „einige Dinge, die genderprivilegierte Menschen tun können: Auf Treffen Protokolle schreiben, telefonieren, Räume für Treffen organisieren, sich um Kinder kümmern, Kopieren gehen und andere weniger glamouröse Arbeiten übernehmen. Frauen und genderdiskriminierte Menschen in Gruppen ermuntern, Rollen zu übernehmen die normalerweise männlich dominiert sind (z.b. Taktiken, MediensprecherIn). Frage einzelne Frauen, ob sie so etwas machen wollen und erkläre warum du glaubst, sie können das gut. Richte deine Aufmerksamkeit auch darauf, wem du zuhörst und schau, ob du Machtspiele spielst“.

Sie ist eine von vielen Frauen und genderdiskriminierten Personen, die ganz klare und konkrete Dinge anführt, die genderprivilegierte Personen machen können, um Sexismus zu bekämpfen. Es gibt ausreichend Vorrat an Arbeit, die getan werden muss. Das größere Thema für mich war jedoch die Frage, was es braucht, damit ich das auch tue, es zu meiner Priorität mache und durchziehe? Zusätzlich zu dem oben schon besprochenen, dass Männer miteinander über ihre Erfahrungen reden sollten, müssen wir uns auch verantwortlich fühlen, das zu bewerkstelligen. Dabei gibt es viele schwere emotionale Themen, die aufkommen werden und darum ist es wichtig, uns gegenseitig zu unterstützen, Schritt für Schritt, damit wir nicht verloren gehen. Wir müssen uns fragen, „wie unterstützt unsere Arbeit Frauen dabei, eine aktivere Rolle einzunehmen?“ „Was mach ich, um Macht zu teilen?“, „Wie öffne ich mich, um Feedback von genderdiskriminierten Personen wahrzunehmen?“ Jede dieser Fragen eröffnet weitere Möglichkeiten um weiterzukommen. Privilegien zu erkennen und herauszufordern ist ein notwendiger Teil unserer Arbeit, aber es ist nicht genug. Männer die mit anderen Männern gemeinsam die männliche Vorherrschaft bekämpfen ist nur eine von vielen Strategien, die notwendig sind, um eine von Frauen geleitete, multiracial, antirassistische, feministische, queere und trans, proletarische und antikapitalistische emanzipatorische Bewegung aufzubauen. Wir wissen, dass Sexismus gegen den Aufbau von Bewegungen operiert.

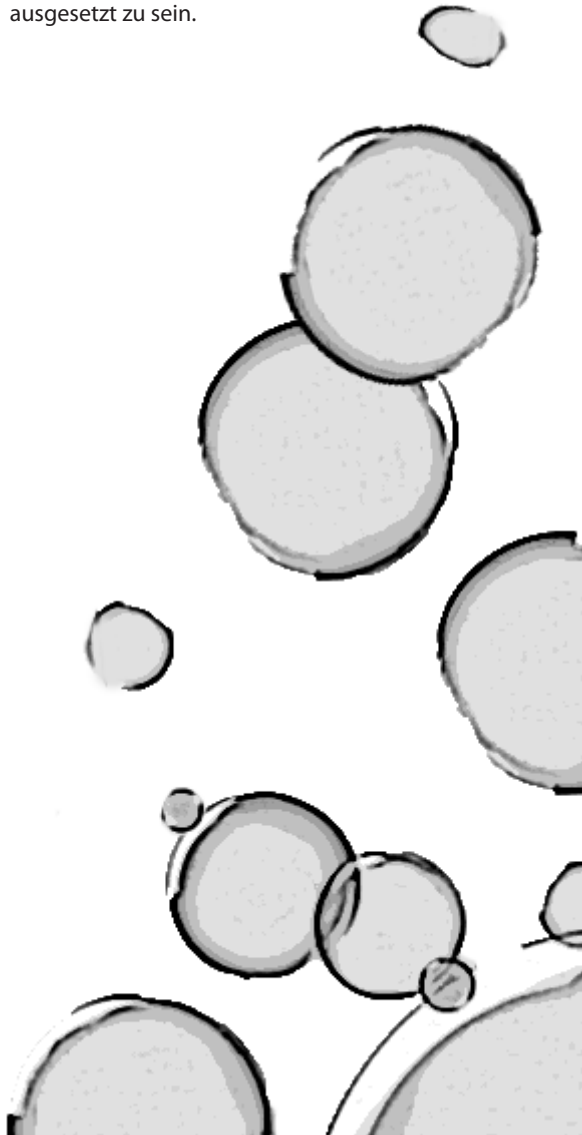
Die Frage ist, was wir tun wollen, um eine emanzipatorische Bewegung aufzubauen und dabei unsere Fähigkeiten, uns selbst und andere zu lieben, auszubauen.

fußnoten, der übersetzung:

(1) im engl. original class: als raum, bzw. kurs/klasse gemeint spielt aber auf die klasse als soziale kategorie an.

(2) übersetzung: ethnic studies wurden als kritik auf die anthropologie, orientalistik etc. eingeführt um die geschichten und geschichte, sowie die kämpfe von people of color zu lehren.

(3) ist ein positiv verwendeter begriff, mit sich menschen selbst bezeichnen, die für eine mehrheitsgesellschaft als nichtweiß gelten und wegen rassistischer zuschreibungen („sichtbarkeit“) alltäglichen, institutionellen und anderen formen des rassismus ausgesetzt sind. der begriff betont die gemeinsame erfahrung von menschen, oft als minderheit rassistischen bedingungen ausgesetzt zu sein.



Mythen über Krieg und Frieden in Pakistan

Fanatiker mit Bart und Burka

Pakistan in Gefahr! Die Taliban könnten die Macht übernehmen, vielleicht schon in wenigen Monaten! Solche Meldungen begleiteten die 2009er Offensive der pakistanischen Armee gegen „die Taliban" im Nordwesten des Landes. Adaner Usmani von Action for a Progressive Pakistan APP (1) widerspricht dieser Sichtweise. Der Krieg in Afghanistan habe vielmehr das Militär in Pakistan gestärkt. AktivistInnen der APP präsentierten ihre Analysen der aktuellen Situation Pakistans im Frühjahr 2010 auf dem Left Forum, einer Konferenz linker WissenschaftlerInnen und AktivistInnen in New York. Wir dokumentieren den gekürzten Vortrag von Adaner Usmani.

Einige grundlegende Missverständnisse über die politische Situation in Pakistan lassen sich einfach klären: Der Krieg in Afghanistan/Pakistan wirkt sich vielfach auf Pakistan aus. Dabei gibt es mehrere Kriege, die miteinander verschränkt sind: Die Besetzung Afghanistans unter der Leitung der USA sowie der „Krieg gegen den Terror" des pakistanischen Staates in der Nordwestlichen Grenzprovinz/Khyber Pakhtunkhwa und den „Stammesgebieten unter Bundesverwaltung" (2) an der Grenze zu Afghanistan. Wenn den Menschen in den USA erzählt wird, dass Obamas Krieg bis nach Pakistan hineinwirkt, denken sie typischerweise an Drohnenattacken oder versteckte amerikanische Operationen. All das findet statt, doch die weit reichenden Effekte der Politik Obamas bestehen darin, dass die pakistanische Armee, getrieben durch den US-Einsatz, den eigenen Krieg im Nordwesten fortführt und verstärkt.

Dieser Krieg innerhalb Pakistans besteht aus einer Reihe militärischer Offensiven seit 2004, die in den letzten 18 Monaten spürbar an Intensität zugenommen haben. Insgesamt mussten zwei bis drei Millionen Einwohner fliehen.

Im Kontrast zu dem, was die Medien

gebetsmühlenartig wiederholen – der Refrain über Pakistan als maroden Staat oder die Vorstellung, dass die Taliban schon an den Toren der Regierung rütteln – kann ich klarstellen, dass der pakistanische Staat keineswegs kurz vor dem Kollaps steht. Schon gar nicht wegen der zwanzigtausend Kämpfer, die sich in verschiedenen Bezirken der nordwestlichen Gebiete aufhalten.

Das Märchen vom Kollaps des pakistanischen Staates

Die pure Ignoranz, die bei dieser Vermutung mitschwingt, ist niederschmetternd: Pakistan hat die sechsthöchste Bevölkerungszahl und die siebtgrößten Armee der Welt. Die aberwitzige Annahme, dass eine größtenteils ländliche Aufstandsbewegung in den Bergen die großen labyrinthartigen Millionenstädte erobern könnte, genießt nur deshalb Glaubwürdigkeit, weil sie innerhalb eines bewusst genährten medialen Diskurses funktioniert. Dieses massive, konstruierte Bedrohungsszenario ist Teil einer Reihe Furcht einflößender Behauptungen, die die Expansion des US-Militärs und der pakistanischen Armee in diese Regionen legitimieren sollen. Etwa im Frühjahr, als Pakistan eine Offensive in das von der Taliban gehaltene Swat vorbereitete, berichtete David Kilcullen (3), dass der pakistanische Staat innerhalb von sechs Monaten kollabieren würde.

Ich spiele die Bedrohung durch religiösen Fundamentalismus nicht herunter. Jede und jeder Linke steht in bedingungsloser Opposition gegenüber den Dogmen und Werten, die die Taliban stark machen. Aber die Abneigung gegenüber Fundamentalismen stellt allein noch keine handlungsorientierte politische Position dar. Eine Strategie gegenüber den Taliban können wir nur entwickeln, wenn es uns gelingt, den Kontext zu verstehen, der diese Bewegung hat stark werden lassen.

Im Blick auf Pakistan kann man erkennen, dass die pakistanischen Taliban viel mit dem Staat zu tun haben, und das im mehrfachen Sinne. Ich argumentiere, dass das pakistanische Militär durch Obamas Ausweitung des Krieges weiter an Kraft gewonnen hat. Nur zwei Jahre nach den demokratischen Massenprotesten der Anwälte und JuristInnen, die sogar zur Absetzung von Regierungsmitgliedern führten, hat das Militär seine Position wieder gefestigt.

Im Folgenden werde ich einige historische Hintergrundinformationen über den pakistanischen Staat geben und den großen Einfluss der Sicherheitsapparate in der jüngeren Geschichte des Landes beleuchten. Danach komme ich auf drei Komplexe zu sprechen, von denen ich meine, dass sie für ein Verständnis des Kriegs gegen den Terror von zentraler Bedeutung sind. Schließlich werde ich auf einige Hindernisse hinweisen, mit denen linke Kräfte in Pakistan konfrontiert sind.

Mehr als die Hälfte der Zeit seit der Gründung Pakistans regierte das Militär. Warum? In Teilen wurde die Struktur der Staatsapparate durch den Kolonialismus geformt: Die Briten installierten zentralisierte Verwaltungs- und Sicherheitsapparate. Auch der Bankrott jener politischen Formation, die im Zuge der Unabhängigkeit des südasiatischen Subkontinents 1947 zur Gründung Pakistans führte, trug seinen Teil dazu bei: Der pakistanischen Muslimliga, an deren Spitze der Gründungsvater Muhammad Ali Jinnah stand, gelang es nicht, eine tragfähige Unterstützung in den kolonialen Provinzen zu gewinnen, in denen die Mehrheit der Bevölkerung muslimischen Glaubens war und die später die territoriale Grundlage des pakistanischen Staates bilden sollte.

Westpakistan nutzte seine Vormachtstellung, um die ostpakistanischen Gebiete zu Absatzmärkten für die eigenen Produkte zu machen. Die Einnahmen, die Ostpakistan aus dem Export von Rohstoffen erzielte, wurden zur weiteren Finanzierung der westlichen Landesteile instrumentalisiert. Das schwach entwickelte Unternehmertum Ostpakistans wurde von westpakistanischen Geschäftsleuten kontrolliert. Im Effekt fand ein konstanter Wertfluss von Ost nach West statt.

Das Militär lenkt die Geschicke des Landes

Für diese Politik wurde die Muslimliga bei Wahlen mehrfach abgestraft. 1971 kam es schließlich zur Loslösung der östlichen Landesteile (das heutige Bangladesch), die die westpakistanischen Eliten trotz Krieg und skrupelloser Gewalt nicht verhindern konnten.

Auch in der kriegsgeschundenen Hälfte des heutigen Pakistans (Belutschistan und die Nordwestprovinz/Khyber Pakhtunkhwa) hatte die Muslimliga kaum Anhänger. Belutschistan erklärte seine Unabhängigkeit just einen Tag nach der Erklärung Pakistans, wurde aber im April 1948 gezwungen, der

Bundesgemeinschaft beizutreten. In den Nordwestlichen Grenzprovinzen, der heutigen Heimat der Taliban, dominierte damals eine starke und gewaltlose Freiheitsbewegung, die eher dem Indischen Nationalkongress nahe stand als der Muslimliga.

Da die Mehrheit der Bevölkerung ihre aktive Zustimmung zum Nationalstaat verweigerte, bemühte die herrschende Elite die Zwangsapparate des Staates. Für Februar 1959 angesetzte Wahlen wurden nicht durchgeführt, sie erschienen der Bürokratie, dem Militär und den amerikanischen Beratern als zu riskant.

Die USA haben in der Geschichte Pakistans stets die reaktionären Kräfte unterstützt. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Pakistan wurde nach dem Zweiten Weltkrieg schnell zu einem willigen Verbündeten der USA. Das Land trat 1954 dem als asiatische Version der NATO gegründeten Militärbündnis SEATO bei, unterzeichnete ein Jahr später den Bagdad-Pakt (4) und erkannte bereitwillig die US-freundlichen Regime in Südkorea und Südvietnam an.

Die herrschende Klasse Pakistans gilt in der Bevölkerung als korrupt. Zur eigenen Bereicherung habe sie sich an die USA verkauft. Die innige Beziehung zu den Vereinigten Staaten wurde besonders eng, nachdem sich 1958 das Militär an die Macht geputscht hatte.

In den 1980ern unterstützten die USA die neuerliche Militärregierung Pakistans mit Milliarden US-Dollar im Kampf gegen die Sowjets in Afghanistan. Dieses Muster hat sich bis heute kaum geändert. 70 Prozent der 15,4 Milliarden US-Dollar, die Pakistan in den letzten sieben Jahren erhalten hat, wurden für Sicherheitsausgaben verwendet. Im Gegenzug kaufte Pakistan von 2005 bis 2008 für 4,5 Milliarden US-Dollar Kriegsmaschinen „made in USA".

Wichtige liberale Diskurse in den USA und Europa vertreten die Ansicht, dass das internationale Militär für Säkularisierung und die Befreiung der Frauen kämpft. In Bezug auf die Taliban und den Krieg gegen den Terror gilt es deshalb, drei Dinge hervorzuheben.

Erstens: Das pakistanische Militär hat die Patronagenetzwerke, die das ideologische und materielle Fundament der gewaltbereiten Kräfte in dieser Region bilden, ins Leben gerufen und arbeitet seit den frühen 1990er Jahren mit Teilen der afghanischen Taliban zusammen. Es gibt durchaus gegenläufige Signale, wie etwa Inhaftierung von sieben Mitgliedern der Quetta Shura im Frühjahr 2010. (5) Dies scheint mir aber kein ausreichendes Signal für einen Bruch mit den ehemaligen Bündnispartnern zu sein. Vielmehr befürchtet die pakistanische Armee offenbar, von wichtigen Entscheidungen in Bezug auf Afghanistan ausgeschlossen zu sein. Das legen Äußerungen des ehemaligen UN Sonderbeauftragten für Afghanistan nahe, der der BBC sagte, die Verhaftung leitender Taliban in Pakistan habe einen geheimen Kommunikationskanal zu den Vereinten Nationen blockiert.

Die verschiedenen Gruppen, die man als pakistanischen Taliban bezeichnet, bewegen sich keineswegs innerhalb einer konsistenten Strategie. Vielmehr gibt es zwischen ihnen Rivalitäten und auch ihre Haltung zur Regierung schwankt. So gibt es regierungsfreundliche lokale Kommandeure, wie z.B. Toofan Mehsud (Süd-Waziristan,Khyber Pakhtunkhwa), den Nachfolger des 2009 getöteten Qari Zainuddin Mehsud, oder Turkistan Bhittani aus der Stadt Tank (Khyber Pakhtunkhwa). Andere, wie das Haqqani-Netzwerk, ein militärisch sehr aktiver Teil der afghanischen Taliban, dienen dem pakistanischen Militär als Instrument, seine Interessen in Afghanistan zu verfolgen.

Die innige Verbindung von Taliban und Militär

Das pakistanische Establishment hat diese Gruppen und ihre Ideologien immer als wichtige Quellen ihrer Macht betrachtet. Es kann es sich zweifellos leisten, sich von einigen Individuen und

Gruppen loszusagen, wenn sich diese zu weit vom Parteiprogramm entfernt haben. Aber zu behaupten, dass wir der pakistanischen Armee nun trauen könnten, demonstriert politische und historische Blindheit.

Zweitens: Die Taliban stehen für die „Talibanisierung" der pakistanischen Gesellschaft. Die Unruhen im Nordwesten des Landes haben jedoch soziologisch völlig andere Ursachen als der Aufstieg jener religiöser Konservativismen, die ein massives Problem für die pakistanische Linke darstellen, etwa die Saudisierung des Schulsystems, wachsende Intoleranz gegenüber Minderheiten, die Verflachung der Kultur etc. Dessen ungeachtet setzen sich einige Linke für Krieg ein und unterstützen die staatlich-repressive Offensive im Nordwesten. Das bedeutet jedoch keinen Schritt in Richtung einer säkularen, toleranten oder feministischen Politik.

Dieselbe Armee unterdrückt brutal den Befreiungskampf in Belutschistan. Allein seit 2005 sind offiziell mindestens 1.600 Menschen verschwunden, nach unabhängigen Angaben bis zu 8.000. Dasselbe Militär, das in Karachi Frauen in Folterkammern vergewaltigte, gilt manchen Liberalen und sogar einigen Linken nun plötzlich als Befreier der pakistanischen Frau!

Ähnliches wiederholt sich in Afghanistan. Die Situation der Frauenrechte in Afghanistan hat sich durch den Krieg und die Besatzung keineswegs verbessert. Mit Ausnahme Kabuls hat sie sich überall verschlechtert. Jene Warlords, die im Zuge der Besatzung Macht erhalten haben, sind nicht besser als die Machthaber vor ihnen. Viel Aufsehen erregte der frauenfeindliche Erlass des „Ministeriums zur Förderung der Tugend und Bekämpfung der Lasterhaftigkeit", nach dem es Frauen verboten sein solle, das Haus zu verlassen, sofern es nicht unbedingt notwendig wäre. Leider ist weniger bekannt, dass dieses Ministerium bereits Mitte der 1990er und damit noch vor der Herrschaft der Taliban errichtet wurde, und zwar von jenen Warlords, die jetzt mit Hilfe der internationalen Truppen wieder an die Macht gekommen sind. Der Weg zur Befreiung der Frauen in Afghanistan ist lang und unsicher, aber wenige Dinge dürften offensichtlicher sein als die Tatsache, dass Jahre des Kriegs und der Besatzung in die falsche Richtung führen.

Der Anti-Terror-Krieg ist kein Kampf für Frauenrechte

Drittens: Die Mehrheit derjenigen, die gegen den pakistanischen Staat kämpfen, hat eine Menge erlitten. Neben der Tatsache, dass viele erst als Reaktion auf die schwer bewaffneten Militäroperationen zur Waffe griffen, gibt es eine ganze Reihe materieller Gründe für den bewaffneten Kampf gegen die Regierung. 90 Prozent der Bevölkerung der „Stammesgebiete unter Bundesverwaltung" leben in extremer Armut. Viele sind von Ernährungsunsicherheit und Arbeitslosigkeit betroffen; große Teile der Bevölkerung leben als Subsistenzbauern ohne ausreichenden Zugang zu Bewässerungssystemen.

Es mangelt auch an öffentlicher Infrastruktur. Die Taliban haben Schulen zerstört, und zwar sowohl Mädchen- als auch Jungenschulen. Doch auch der pakistanische Staat ignoriert, dass unter den Frauen in den Stammesgebieten eine Alphabetisierungsrate von gerade einmal drei Prozent herrscht. Zudem bildet dort nach wie vor der „Frontier Crimes Regulation Act" aus dem Jahr 1901 die Grundlage der Rechtsprechung – ein repressives Sondergesetz aus Kolonialzeiten. Dieses Gesetz ermöglicht Kollektivstrafen. Für ein individuelles Vergehen können die Familie und mitunter der gesamte Clan eines Delinquenten zur Rechenschaft gezogen werden. Angekündigte Reformen sind bislang leere Versprechungen geblieben. Damit ähnelt die Situation durchaus der in Afghanistan, wo die allgemeine Unsicherheit durch das Besatzungsregime befeuert wird.

Ähnlich wie in vielen anderen Ländern erlitt auch die pakistanische Wirtschaft im Zuge der weltweiten Krise schwere Einbußen. Diese verschärften das Erbe der vorangegangen zwei Jahrzehnte, in denen Privatisierungen und Strukturanpassungsprogramme eine Unterentwicklung zementierten. Heute leben 85 Prozent der Bevölkerung von weniger als 2 US-Dollar pro Tag. Die Nahrungsmittelkrise trifft vor allem die ländliche Bevölkerung und die Arbeiterklasse. Im Jahr 2009 waren 48,5 Prozent der Bevölkerung in 76 der 131 Regionen des Landes von unsicherer Nahrungsmittelversorgung bedroht.

Der Regierung obliegt ab 2011 die Rückzahlung von IWF-Krediten in einer Gesamthöhe von elf Milliarden US-Dol-

lar zu einem Zinssatz von drei bis vier Prozent. Kürzungen und Einsparungen im öffentlichen Sektor sind vorprogrammiert. Im Februar 2010 verkündete das Kabinett, dass es den sozialen Sektor um 30 Prozent kürzen und die Sicherheitsausgaben erhöhen müsse. Massive Proteste in Rawalpindi gegen erhöhte Buspreise wurden repressiv beantwortet. Trotzdem verhinderten sie letztlich die Preiserhöhungen. Die Strompreise jedoch sind gestiegen. Wie überall auf der Welt ist es Aufgabe der progressiven Kräfte, sich diesen unsozialen Maßnahmen entgegen zu stellen.

Verschärfte Armut und soziale Kämpfe

Auch wenn es an einer breit organisierten Kraft in Pakistan fehlt, heißt das nicht, dass es keinen Widerstand und keine Kämpfe gibt. Im Gegenteil, in einem Land wie Pakistan mit seinen gravierenden Widersprüchen können soziale Kämpfe gar nicht ausbleiben.

Um Handlungsräume zu gewinnen, aber auch um der Expansion des Krieges etwas entgegenzusetzen, müssen wir das islamophobe Bild von Pakistan angreifen, nach dem das Land von 180 Millionen fanatisierten Bartträgern und Burka-verhüllten Fundamentalistinnen bevölkert wird. In Pakistan gibt es vor allem BäuerInnen und ArbeiterInnen, strukturelle Ausbeutung und Klassenkampf. In Pakistan gibt es eine Frauenbewegung, eine starke Menschenrechtsbewegung, eine Arbeiterbewegung, eine Bauernbewegung, soziale Bewegungen von Fischern und eine kommunistische Bewegung.

Der letzte ökonomische Abschwung hatte dramatische Folgen für die Arbeiterklasse. Arbeitgeber nutzten die Krise, um Gewerkschaften zu schwächen und Lohnkürzungen durchzusetzen. Aber es gibt auch gute Nachrichten. Während wir hier sprechen, feiern 200 Hotel-Angestellte den Erfolg ihrer 25-tägigen Rund-um-die-Uhr-Besetzung der Eingangshalle ihres Hotels. Mit dieser Aktion erzwangen sie die Wiedereinstellung von fünf gekündigten gewerkschaftlich organisierten KollegInnen. Und in Karachi streiken seit fünf Tagen 1.600 ArbeiterInnen einer Reifenfabrik, die von dem Ex-Militär Ali Quli Khan Khattack geleitet wird.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts mobilisieren die USA ihre Truppen nach Afghanistan/Pakistan mit dem Argument, dass sie Frauen und PakistanerInnen von sich selbst befreien würden. Demgegenüber muss die internationale Antikriegsbewegung auf einer einfachen Tatsache beharren: Die Menschen der Region müssen darin unterstützt werden, sich selbst zu befreien.

Adaner Usmani, 29.3.2010

Adaner Usmani ist Mitglied der Action for a Progressive Pakistan (APP) und studiert zur Zeit Soziologie an der New York University NYU.

Übersetzung: Anna Weber. Geklaut aus analyse und kritik, Nr. 533.

Anmerkungen:

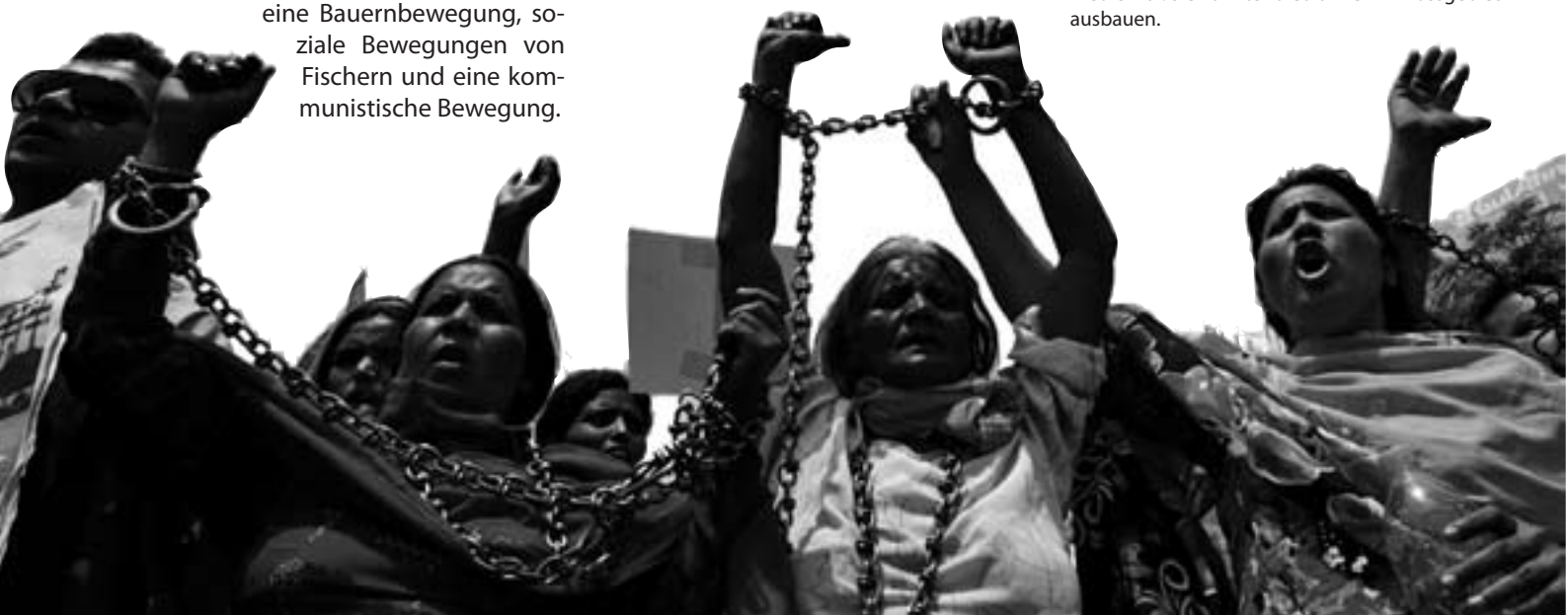
1) progpak.wordpress.com

2) Die Provinz Khyber Pakhtunkhwa hieß bis April Nordwestliche Grenzprovinz (NWFP). Provinzhauptstadt ist Peschawar. Große Teile dieser Provinz gehörten früher zu Afghanistan, wie auch die „Stammesgebiete unter Bundesverwaltung" (FATA), ein zwischen Khyber Pakhtunkhwa und der afghanischen Grenze gelegenes Sonderterritorium, das gewisse Autonomierechte genießt.

3) David Kilcullen ist Experte für Aufstands- und Terrorismusbekämpfung im Dienste der US Regierung.

4) Der Bagdad-Pakt wurde im Januar 1955 als Verteidigungsbündnis zwischen Irak und der Türkei geschlossen. Im Laufe des Jahres traten Großbritannien, Pakistan und der Iran bei; die USA hatten Beobachterstatus.

5) Die Quetta Shura ist eine militante Gruppe der afghanischen Taliban unter Führung von Mohammed Omar. Sie konnte zuletzt ihren Einflussgebiet ausbauen.



IMK versenken!

UnSicher?
Die Innenministerkonferenz (IMK) ist eine seit 1954 regelmäßig stattfindende Konferenz der Innenminister (es sind tatsächlich nur Männer) und –senator_innen der deutschen Bundesländer unter Beteiligung verschiedener Sicherheits-, Verfassungsschutz- und Polizeiorgane, wie das LKA. An bestimmten Arbeitskreisen, die die Konferenz vorbereiten, nehmen zudem die Präsidenten des Bundeskriminalamtes, der Polizeilichen Führungsakademie und des Bundesverfassungsschutzes teil. Bei den Treffen stehen Themen rund um die Begriffe „Innere Sicherheit", „Ausländerrecht", „Verfassungsschutz- und Polizeiangelegenheiten", „Bekämpfung des Terrorismus", „Gefahrenabwehr" oder auch „Linksextremismus" im Vordergrund.

Dabei zeigen sowohl die personelle Zusammensetzung in der Vorbereitung und auf den Tagungen als auch die Inhalte, dass sich hier nicht nur die politische Ebene trifft, sondern gleichzeitig die Exekutive mit am Tisch sitzt, woraus sich die immense praktische Bedeutung der IMK ergibt.

Die IMK findet jedes Jahr im Frühjahr und Herbst in wechselnden Bundesländern statt. Dieses Jahr ist die Stadt Hamburg die Gastgeberin und der Hamburger Innensenator Christoph Ahlhaus führt den Vorsitz. Die Frühjahrskonferenz tagte am 27. und 28. Mai im Gästehaus des Senats, im Hotel Grand Elysée sowie im Rathaus. Sie wurde von einzelnen Protestaktionen begleitet, wie etwa eine Kommunikationsguerilla-Aktion der „Wahren Innenminister", einem Flashmob, der das Europa-Center „kontrollierte" sowie einer Kundgebung und einiger militanter Aktionen.

Diese Proteste sehen wir jedoch nur als Auftakt. Zum November, wenn von Mittwoch den 17. bis Freitag den 19. die Herbstkonferenz abgehalten werden soll, wollen wir eine bundesweite Mobilisierung zu umfangreichen Protesten, Demos und Aktionen starten, um den Innenministern während ihrer Konferenz in Hamburg kräftig in die Suppe zu spucken.

Sicher:
Ausgangspunkt für unsere Proteste sind die verschiedenen Arten von Druck und Ausgrenzung innerhalb einer autoritär formierten Gesellschaft. Nahezu alle Lebens- und Gesellschaftsbereiche sind von Repression betroffen und immer mehr Menschen bekommen diesen Druck direkt oder indirekt zu spüren.

Dabei gibt es einerseits eine legislativ bedingte Repression, die vor allem durch Entzug von Rechten, in Form der Strafverfolgung und durch staatliche Gefahrenabwehr direkt auf das Leben von Gruppen oder Einzelpersonen einwirkt. So beispielsweise im Zusammenhang mit der Abschiebung von Migrant_innen oder im Überwachungs- und Datensammlungsbereich. Unübersehbar sind hier die stetigen Gesetzesverschärfungen der vergangenen Jahre.

Oft übersehen und dennoch von wesentlicher Bedeutung ist andererseits die indirekte Wirkung von Druck und Stimmungsmache auf das Bewusstsein der Bevölkerung, wie z.B. im Zusammenhang mit einer sogenannten „islamistischen Terrorgefahr". Hier wird ein Sicherheitsbedürfnis geschaffen, in dessen Zuge die Akzeptanz gegenüber weiterer Kontrollmaßnahmen zu Ungunsten kollektiver und individueller Freiheiten der Menschen wächst. Die Macht- und Repressionsausübung erfolgt also nicht allein von außen, sondern maßgeblich von Teilen der Gesellschaft selbst. In der Selbstdisziplierung bezüglich seiner Markttauglichkeit, dem Wunsch dazu zu gehören, verurteilen und bekämpfen Individuen abweichende Verhaltensweisen und fügen sich gleichzeitig der vermeintlichen „Normalität", der Friedhofsruhe des kapitalistischen Normalzustands.

Der strategische Nutzen für den Staat liegt dabei in der Logik des Selbstbewahrens, dem Bestreben also, seine Souveränität und Legitimität aufrecht zu erhalten. Im Hinblick auf den Markt sollen zudem die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung sowie die bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse garantiert und die heimische Wirtschaft abgesichert werden. Das ist zwangsläufig nicht zu leisten, ohne Druck auf die Bevölkerung und das Sozialsystem auszuüben. In Zeiten der Krise eignen sich Feindkonstruktionen und Bedrohungsszenarien bestens, um eine Befriedung der Massen und die Einheit zu garantieren. Ganz nach dem Motto: „Wir müssen zusammenhalten, gegenüber den Migrant_innen, Terrorist_innen und Sozialschmarotzer_innen."

Die permanente Überwachung und stetig zunehmende Kontrolle der Ge-

sellschaft ist eben diesem staatlichen Interesse am Selbsterhalt geschuldet. Mit dem Ausbau der Überwachung soll abweichendes Verhalten erkannt und als solches markiert werden, um die All- und Übermacht der staatlichen Gewalt wiederum zu legitimieren.

Abgesichert

In diesem Zusammenhang ist die Innenministerkonferenz einer der wesentlichen Motoren. Hier werden die Rahmenbedingungen zur Kontrolle und Garantie einer verfügbaren und fügigen Bevölkerung vorbereitet. Hier werden auch für die bundesdeutsche Politik ausschlaggebende Gesetzesinitiativen eingeleitet.

Beispiele aus den letzten Konferenzen sind die Verschärfung des Versammlungsrechts, das partielle Streikverbot,Stadionverbote für Fußball-Fans und Ortsverbote für nicht ins Konsum-Innenstadt-Image passende oder auf öffentlichen Plätzen ungern gesehene Menschen.

Der Kontrollbedarf spiegelt sich deutlich in den bisherigen Beschlüssen der IMK wieder. Die Ausweitung der Telekommunikationsüberwachung, der Aufbau neuer (z. B. ELENA) sowie die Vernetzung bestehender Datenbanken (z. B. Anti-Terror-Datei und EURODAC) und die Einführung biometrischer Daten in Ausweisen sprechen für sich.

Bisher betreffen die Auswirkungen vor allem konstruierte „Randgruppen" oder vermeintlich „Überflüssige": So sollen rassistische Sondergesetze Migration, Abschiebungen und Aufenthalte im marktwirtschaftlichen Sinne „regulieren". Hunderttausende Menschen mit Duldungsstatus wurden jahrelang von der Abschiebung bedroht. Was als Bleiberecht, also als zumindest vorübergehende Befreiung, angekündigt war, zeigte sich in der Realität nur als ein weiteres Instrument deutscher Behörden, um Menschen nach der Möglichkeit ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit zu sortieren.

Mehr und mehr zeichnen sich jedoch Tendenzen ab, die gesamte Bevölkerung zu kontrollieren bzw zu disziplinieren. Beispielhaft seien die Beschlüsse zur Aufhebung des Bankgeheimnisses für Menschen, die Sozialleistungen beziehen müssen, oder die Datensammlung mittels ELENA genannt.

Auch wenn Gesetzentwürfe zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren angeblich ersteinmal vom Tisch seien, steht die IMK dennoch für eine zunehmende Militarisierung der Gesellschaft und jeglichen politischen Handelns. Jede Form staatlicher Repression und die Durchsetzung eines neuen Begriffs der inneren Sicherheit spielt sich vor der Realität des Krieges ab. Militarisierung bedeutet daher heute noch mehr als

den Einsatz der Bundeswehr im Inneren oder zivil-militärische Zusammenarbeit. Krieg wird zu einer existentiellen Rahmenbedingung, auch ohne die unmittelbare Betroffenheit der gesellschaftlichen Mehrheit. Nicht nur durch die Flut von Sicherheitsgesetzen wird ein permanenter Ausnahmezustand behauptet und umgesetzt. Der Kriegszustand, in dem sich die BRD befindet, wird auf die gesellschaftlichen Bedingungen im Inneren übertragen und zur Normalität erklärt. Öffentliche Gelöbnisse und Werbeveranstaltungen in Schulen und Arbeitsämtern sind Beispiele für genau dieses Normalisierungsbestreben.

Entsichern!

Mit einer Reihe von Veranstaltungen wollen wir die Bedeutung der IMK, die von der breiten Bevölkerung unbeachtet oder akzeptiert, fleißig den Überwachungsstaat ausbaut, darstellen.

Viele politische Gruppen, ob links oder linksradikal oder autonom, die zu unterschiedlichen Themen arbeiten, haben sich in einem Arbeitskreis zusammen gefunden, um kollektiv der Überwachungsmaschinerie etwas entgegenzusetzen: So beispielsweise Gruppen aus dem Anti-Rassismusbereich, die sich bereits seit langem gegen die rassistischen Sondergesetze engagieren, Zusammenhänge aus der Antirepressionspolitik, die zu Knast, Überwachung und Entrechtung arbeiten, Menschen, die gegen Datenspeicherung sind und andere, die gegen den Abbau des Sozialstaates kämpfen. Antifaschistische Gruppen, die dem Konstrukt der Extremismustheorie etwas entgegensetzen wollen, sowie Leute, die vor der zunehmenden inneren Militarisierung in der BRD warnen und jene, die für ein Recht auf Stadt streiten.

Auch wenn wir untereinander Widersprüche haben, verbindet uns ein antikapitalistischer Politikansatz. Auf dieser Grundlage sehen wir die IMK als Ausdruck des politischen und ökonomischen Systems. Das Treffen der Innenminister soll Kontrolle und Repression im Sinne von Systemstabilität und Verwertungssicherheit weiterentwickeln und optimieren. Unsere Kritik an der IMK ist synonym mit einer Kritik an Herrschaft, an Macht- und Gewaltstrukturen. Unser Protest gegen staatliche Repression und autoritäre Ideologien im Inneren ist auch Protest gegen ein weltweites kapitalistisches Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem.

Nur eine herrschaftsfreie Gesellschaft kann ein gerechtes Zusammenleben möglich machen.

Ziel unserer Veranstaltungsreihe ist es vorerst, die geschilderten Zusammenhänge offen zu legen und Informationen auch über unseren Vorbereitungskreis hinaus zu verbreiten. Damit einhergehend werden wir zu massiven Protesten bei der Herbstkonferenz der Innenminister mobilisieren. Hamburg soll im November zur No-Go-Area für die IMK Schergen werden. Zeigen wir, dass wir ihre Politik zum Kotzen finden!

IMK angreifen!

Hamburg unsicher machen!

Was brennt im Wald von Chimki?

SOZIALE BEWEGUNG IN RUSSLAND
ZWISCHEN REPRESSION UND WIDERSTAND

MIT UTE WEIMANN, MOSKAU

SA, 13.11.2010, 19 UHR
ALHAMBRA

Eine Einführung und Hintergründe zur aktuellen Repression gegen zwei Aktivisten aus Moskau mit einem Aktivisten aus Russland

Im Sommer dieses Jahres ist der brennende Konflikt wegen der Abholzung des Waldes in der Nähe der Moskauer Nachbarstadt Chimki eskaliert. Seit Jahren kämpfen Bewohner_innen der Stadt und Aktivist_innen aus Moskau gegen den Bau einer Mautautobahn. Die Baufirma setzt Neonazischläger gegen Ökoaktivist_innen ein. Wegen einer gut organisierten Aktion gegen die mitverantwortliche Stadtverwaltung von Chimki, die ein bisschen Militanz durch das Schleudern von Farbbeuteln und Knallkörpern gegen das Vewaltungsgebäude mit sich brachte, verschärfte sich der Konflikt. An den folgenden Tagen wurden zwei bekannte Sprecher aus der Szene – Alexey Gaskarov und Maxim Solopov – verhaftet und sitzen seitdem wegen absurder Vorwürfe ein.

Die Hintergründe der Proteste gegen den Straßenbau im Wald von Chimki sollen nicht zuletzt deshalb in den Mittelpunkt gerückt werden, da sie ein aktuelles Beispiel darstellen, wie mit massiver Repression Widerstand zum Verstummen gebracht werden soll. Alexey Gaskarov und Maxim Solopov aus Moskau befinden sich seit dem 29. Juli 2010 in Untersuchungshaft. Beiden droht eine Haftstrafe von bis zu sieben Jahren. Die Aktivisten gehören zu den wenigen Sprechern sozialer Bewegungen in Russland, die in der Öffentlichkeit auftreten und Inhalte vertreten und propagieren. Siehe auch: http://khimkibattle.org und http://www.solianka.org/

Veranstalterin: Solianka Bremen; in Kooperation mit der AG Russland im Jugendbildungswerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen, der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen und dem Rosa-Luxemburg-Club Hannover

Den Krieg beenden

Eine Veranstaltungsreihe von Filmriss zum Krieg in Afghanistan

Donnerstag, 18.11.2010, 20.00 Uhr, PFL Oldenburg
Lesung und Diskussion, Eintritt: 4€/2€ erm.

Afghanistan Code

Der Journalist Marc Thörner liest aus seinem aktuell bei Edition Nautilus erschienenen gleichnamigen Buch.
Der Autor hat sich von Juni 2008 bis November 2009 und zu den Parlamentswahlen im September 2010 in Afghanistan auf eine abenteuerliche Spurensuche gemacht: Auf Fahrten im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet, in Madrassahs, in abgelegenen Forts, bei Gesprächen mit Mullahs und Militärs, bei Diskussionen mit liberalen islamischen Gelehrten zeichnet sich immer deutlicher ab: Der islamische Extremismus, zu dessen Bekämpfung ISAF-Truppen in Afghanistan stationiert sind, hat sich erst durch die Zusammenarbeit von Aufstandsbekämpfern und konservativen Autoritäten entwickelt. Er bedroht den Westen nicht, sondern ist im Gegenteil ein wichtiges Element, um westliche Hegemonie zu sichern.

Marc Thörner, Jahrgang 1964, Studium der Geschichte und Islamwissenschaften, lebt in Hamburg. Seit 1994 freier Journalist. Berichtet aus dem Maghreb, den Golfstaaten, dem Irak, Pakistan und Afghanistan.
»Thörner entlarvt mit chirurgischer Präzision den von vielen Medien angestimmten vermeintlichen Kampf der Kulturen ... Eine dringend notwendige und preiswürdige Korrektur der Berichterstattung über die wahren Begünstigten der Kämpfe deutscher Soldaten am Hindukusch.« (Jury zur Verleihung des Otto-Brenner-Preises 2008 für kritischen Journalismus)

Freitag, 26.11.2010, 20.00 Uhr, PFL Oldenburg
Film, Eintritt: 6€/4€ erm.

Nacht vor Augen

D 2008, 91 Min., R: Brigitte Bertele
Produzent: Didi Danquart
mit: Hanno Koffler, Petra Schmitt-Schaller u.a.

Der 25-jährige Zeitsoldat David Kleinschmidt kehrt nach einem Auslandseinsatz in Afghanistan ins Zivilleben zurück. Einen bestimmten Vorfall aus seiner Dienstzeit möchte er nicht untersucht sehen und weigert sich, ein von der Bundeswehr angebotenes Rückkehrerseminar oder eine Psychologin zu besuchen. In seinem Heimatort im Nordschwarzwald erwartet ihn seine Freundin Kirsten in einer neu eingerichteten, gemeinsamen Wohnung und freut sich auf das Beisammensein. Doch David hat sich verändert. Er ist verschlossen und abweisend, er erträgt keine Intimität, reagiert immer wieder schreckhaft und mit Wutausbrüchen.
David wird von einer geheimnisvollen inneren Unruhe geplagt, die in der ambivalenten Beziehung aus Spiel und Gewalt zwischen David und seinem achtjährigen Halbbruder Benni zum Ausdruck kommt und zu eskalieren droht.
Forum der Berlinale 2008

Vortrag: Revolution

Was ist Antifaschismus, woher kamen entscheidende Anstöße für die linke Bewegung? Um diesen Fragen näher zu kommen, geht das Buch „Revolution und bewaffnete Aufstände in Deutschland 1918-1923" auf die politische und gesellschaftliche Zäsur ein, die mit dem Ende des Ersten Weltkriegs verbunden ist. Fern ideologisierender Darstellung wird die Entwicklung des Widerstandes gegen den Krieg beschrieben, der sich durch die wirtschaftliche Notlage zu sozialem Massenprotest steigert. So kann die Befehlsverweigerung von Matrosen der Hochseeflotte zum spontanen Anstoß für eine Revolution werden.

Geschichtsinterpretationen im Dienste von Systemen und Parteien sehen in den Ereignissen logische Wegbereiter für spätere Erscheinungen. Postum wird Legendenbildung betrieben oder gar der Beginn des Hitlerregimes in diese Zeit vorverlegt. Doch es gilt zu verstehen, dass die Menschen ihr Schicksal selbst gestalten, nichts ist im Voraus festgelegt und unausweichlich.

Es ist falsch, das, was damals begann, auf ein totes Beweisstück für die Gegenwart zu reduzieren. Trotz vieler Unterschiede korrespondiert die Geschichte von 1918/23 mit der Gegenwart. Mit ihr verbindet sich ein entscheidender politischer Aufbruch in Deutschland, es werden Marksteine für die parlamentarische Demokratie gesetzt und die Linksradikalen weisen mit ihren Utopien über den Kapitalismus hinaus. Nicht zuletzt haben Faschismus und Antifaschismus hier ihren Ursprung. Insofern behält die Vergangenheit Gültigkeit sowie identitätsstiftende und inspirierende Wirkung.

Alhambra
Hermannstr. 83
am 29.11. 2010
20.00 Uhr

Biographie

Bernd Langer, geboren 1960 in Bad Lauterberg im Harz, seit 1977 antifaschistisch engagiert. Ende der 80er Jahre maßgeblicher Initiator für die Entwicklung autonomer Bündnispolitik mit etablierten politischen Organisationen wie Gewerkschaften, den Grünen etc. in Göttingen. Mitbegründer der kulturpolitischen Initiative Kunst und Kampf (KuK), bekannt für ihre Plakate, Bilder und Agitpropaktionen. Darüber hinaus viele Publikationen zum Thema antifaschistischer Widerstand und seiner Geschichte. Zahlreiche Vorträge, Stadtrundgänge und Kampagnen.

Seit 2006 finden mehrmals im Jahr in Berlin Stadtrundfahrten zum Thema „Novemberrevolution und bewaffnete Aufstände 1918 – 1920 in Berlin" statt.

1997 erschien Langers Buch „Kunst als Widerstand", 1998 Herausgabe einer überarbeiteten und aktualisierten Fassung in englischer Sprache unter dem Titel „Art as Resistance". 2004 kam sein autobiographischer Roman „Operation 1653 – stay rude, stay rebel" heraus.

7 LIEHENDE STÜRME

HTTP://WWW.MYSPACE.COM/SHIVERINGJEMMY7

RADIATOR 865

HTTP://WWW.MYSPACE.COM/RADIATOR865

18.11.

21 UHR

ALHAMBRA

HERMANNSTR. 83, 26135 OLDENBURG

CRUSH HOUR CONCERTS

NOVEMBER 2010

Fr. 05.11.	22:00	House-Party
Sa. 06.11.	22:00	LesBiSchwule Halloween-Party
Fr. 12.11.	22:00	Mash up di place
Sa. 13.11.	19:00	Veranstaltung: „Was brennt im Wald von Chimki?“ Soziale Bewegungen in Russland zwischen Repression und Widerstand mit Ute Weinmann (Moskau)
Do. 18.11.	21:00	Konzert:Fliehende Stürme + Radiator 865
Fr. 19.11.	22:00	Meuterei - Freeform Psychedelic Trance Party
Sa. 20.11.	22:00	Männerfabrik
Fr. 26.11.	22:00	Electrosugar V
Sa. 27.11.	23:00	Rosa Disco
So. 28.11.	18:00	zwergWERK - 10. Oldenburger Kurzfilmtage
Mo. 29.11.	20:00	Veranstaltung: Revolutionäre Kämpfe 1918-23

DEZEMBER 2010

Fr. 03.12.	21:00	Konzert: Indie-Nacht-Festival
Sa. 04.12.	22:00	Homophilias
Fr. 10.12.	22:00	Mash up di place
Sa. 11.12.	23:00	Goa-Party Ballerburg
Fr. 17.12.	23:00	Dubstepparty
Sa. 18.12.	22:00	Männerfabrik
Do. 23.12.	21:00	Crush Hour Concerts: Weihnachtskonzert
Fr. 24.12.	22:00	Antira-Soliparty
Sa. 25.12.	23:00	Rosa Disco
Fr. 31.12.	22:00	LesBiSchwule Sylvesterparty

Wöchentlich

Mo.	19:00	Crush Hour Concerts
Mo.	19:30	Antira-Plenum Ol/Bl
Mo.	20:30	Antifa-Café
Di.	20:00	Subklub
Do.	20:00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich

1. Mi. 20:00 FrauenLesbenTransKneipe
2. Fr. 20:30 NutzerInnenplenum
3. Mi. 21:00 Punkkneipe

Infoladen roter strumpf

Mo.	18h - 21h
Di.	16h - 19h
Mi.	16h - 19h
Do.	18h - 21h
Fr.	16h - 19h